

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
E. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei, "Tagblatt-Haus".
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 69631.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Für eine Bezugszeit von 3 Wochen 30 M.-Pfg., für einen Monat 50 M.-Pfg., für ein Vierteljahr 120 M.-Pfg., für ein halbes Jahr 240 M.-Pfg., für ein Jahr 480 M.-Pfg. (Postzusatz 2 M.-Pfg.). — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Drückte Anzeigen 20 M.-Pfg., auswärtige Anzeigen 30 M.-Pfg., drückte Reklamen 10 M.-Pfg., auswärtige Reklamen 15 M.-Pfg. für die einseitige Raionelle oder deren Raum. — Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenanzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Nassaus.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Nr. 213.

Samstag, 6. August 1932.

80. Jahrgang.

Um Ruhe und Ordnung.

Der „Angriff“ warnt die SA. — Republikanischer Selbstschutz.
Die nationalsozialistische Hilfspolizei.

Eine Besprechung im Innenministerium.

as. Berlin, 6. Aug. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Da es auch am Wochenende in der Innen- und Außenpolitik völlig an anregenden neuen Momenten fehlt, bleibt vorerst das alte Thema der Sicherung von Ruhe und Ordnung im Mittelpunkt des Interesses. Dabei ist noch keine Entscheidung getroffen, ob die gestern angekündigte Notverordnung wirklich verhängt wird.

In Regierungskreisen hofft man zuversichtlich, daß bereits die Ankündigung der Strafverschärfung genügt und daß man die Notverordnung gar nicht mehr zu verhängen braucht.

Die nationalsozialistische Parteileitung ist auch ganz offensichtlich bemüht, auf ihre Anhänger, von denen ja ein Teil der SA-Leute mit der bisherigen politischen Entwicklung nicht zufrieden ist, beruhigend einzuwirken. Wahrscheinlich soll es auch zur Beruhigung dieser Kreise dienen, vielleicht aber stellt es auch eine Antwort auf die Gerüchte über ein Präsidialkabinett unter Mitwirkung der Nationalsozialisten dar, wenn der „Angriff“ jetzt erneut fordert, daß Hitler die Macht übernehmen werden müsse. Jedenfalls schreibt das Berliner nationalsozialistische Organ: „Wir fordern, daß Adolf Hitler zur Leitung der deutschen Politik berufen wird, da ihm dies nicht nur als Führer der weitaus größten Partei zusteht, sondern er auch allein in der Lage ist, die außerordentlichen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation zu meistern. Diese Forderung wird am besten unterstützt, wenn nicht der Eindruck entsteht, als ob Adolf Hitler seine Anhänger nicht mehr in der Hand habe, sondern, wenn die ganze Welt davon überzeugt wird, daß gerade die SA der berufenste Träger einer starken und geordneten Staatsgewalt ist. In wenigen Wochen können wir die Macht in Deutschland übernehmen, wenn wir die Möglichkeit dazu nicht selbst durch Unbesonnenheit zerstören.“

Das ist eine deutliche Warnung des „Angriffs“ an die SA. und in politischen Kreisen mißt man ihr insofern besondere Bedeutung bei, als das Gerücht verbreitet ist, daß Hitler in der Nähe von Berlin eingetroffen sei.

Das wird allerdings von der nationalsozialistischen Par-

teileitung bestritten. Auch ist im Augenblick noch keine Unterredung zwischen Hitler und dem Reichspräsidenten vereinbart worden. Daß eine solche Unterredung nach der Rückkehr Hindenburgs nach Berlin stattfindet, möchten wir für wahrscheinlich halten.

Man kann nur wünschen, daß dem Appell des „Angriffs“ ein Erfolg beschieden ist. Damit würden dann auch die ersten Besorgnisse zerstreut, die auf der Linken noch immer vorhanden sind.

So ist auch gestern auf der Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses die Möglichkeit eines bei dem Versuch der Staatsgewalt einzusetzenden organisierten Selbstschutzes erörtert worden.

So notwendig eine solche Erwägung auch sein mag, wir wollen im allgemeinen Interesse doch wünschen, daß sie rein theoretischen Charakter behält.

Im Zusammenhang mit der Frage der Sicherung von Ruhe und Ordnung steht auch die Schaffung einer Hilfspolizei in Oldenburg und die entsprechenden Pläne, die in den gleichfalls nationalsozialistisch regierten Ländern, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig, verfolgt werden. Im Reichsinnenministerium hat man sich gestern über diese Frage mit den zuständigen Länderministern, das heißt mit den Ministerpräsidenten von Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin sowie mit dem braunschweigischen Innenminister Klages unterhalten. Die amtliche Mitteilung hierüber ist ziemlich dürftig.

Immerhin besagt sie, soweit schon Schritte zur Verstärkung der Polizei getan seien, handle es sich um vorübergehende Maßnahmen, die in Kürze wieder aufgehoben würden.

Damit stehen auch die Meldungen aus Oldenburg in Einklang, die von einer baldigen Entlassung der Hilfspolizisten berichten. Soweit bekannt geworden ist, hat sich die Reichsregierung auf den Standpunkt gestellt, daß es den Ländern unbenommen bleiben muß, im Falle dringender Gefahr ihre Polizei zu verstärken, daß aber eine einseitige Auswahl der Hilfspolizisten nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten nicht tragbar und auch nicht geeignet ist, das Ansehen der Polizei zu stärken.

wie es zu Bismarcks Zeiten war, erscheint fraglich. Es ist zweifellos richtig, daß einzelne politische Kreise derartigen Gedanken anfangen. Man nimmt aber an, daß es zu nächst nur bei der Zusammenlegung einzelner Ministerien bleibt. Der Vordruck soll davon natürlich nicht berührt werden. Es ist also nicht daran gedacht, schon jetzt eine Reichsreform etwa im Sinne der Vorschläge des Lutherbundes durchzuführen. Was angestrebt wird, ist lediglich eine Verwaltungsvereinfachung, um das Nebeneinanderarbeiten zweier Behörden in der Reichshauptstadt abzustellen. Die kommissarische Preußenregierung ist zurzeit dabei, gemeinsam mit der Reichsregierung entsprechende Vorlagen auszuarbeiten, mit dem Ziele, derartige Pläne bereits den kommenden Regierungsverhandlungen selbst als Ausgangspunkt dienen zu lassen. Die letzten Entscheidungen stehen allerdings noch aus, doch nimmt man in den hiesigen Kreisen an, daß schon sehr bald eine Klärung erfolgt, so daß bereits nach der Rückkehr des Kanzlers eine entsprechende Grundlage für die großen Beratungen im Reichskabinett und Preußenregierung gegeben wäre. Selbstverständlich wird die Reform auch in den unteren Verwaltungsstellen einfließen, wie es bereits bei den Landkreisen und Amtsgerichten der Fall war.

Macdonalds Auffassung über die Schuldenregelung.

Vorläufig keine englische Initiative.

London, 5. Aug. Zu gewissen Gerüchten über bevorstehende englisch-amerikanische Verhandlungen über die Schuldenfrage äußert Reuters, Macdonald beachtliche im Augenblick nicht, die Schuldenfrage gegenüber Amerika anzuschneiden, und er sehe dafür auch keine Möglichkeit vor der Präsidentschaftswahl. Wenn jedoch der Augenblick gekommen sei, werde er bereit sein, die Frage zu dem Zweck zu prüfen, zu einer völligen, auf Zusammenarbeit beruhenden Verständigung mit den Vereinigten Staaten zu gelangen, die in keiner Weise ein Ultimatum oder eine Einheitsfront gegen die Vereinigten Staaten voraussetzen würde. Im Gegenteil müßte die Lösung von beiden Parteien aufrichtig begrüßt werden, und auch für die Teilnehmer der Lausanner Konferenz, sowie für die Öffentlichkeit in Amerika und in Europa vollkommen annehmbar sein.

Blick in die Welt.

Italien gegen die Komödie der Abrüstungen.

Auch in der sogenannten großen Politik ist es sommerlich still geworden. Dafür allerdings, daß die Probleme der großen Politik nicht vergessen werden, hat die sehr scharfe Kritik gefordert, die der italienische Luftfahrtminister Balbo an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz in einem Zeitungsartikel geübt hat. Balbo spricht in diesem Artikel von der „Komödie der Abrüstung“ und auch er droht damit, daß Italien sich von der Abrüstungskonferenz, eventuell auch vom Völkerbunde, zurückziehen wolle. Ganz besonders richtet sich die Kritik Balbos dagegen, daß man die Luftwaffe beschränken will, die Waffe der armen und jungen Völker. Nach Balbos Ansicht bedeutet das nichts anderes, als, daß man den „Tod der italienischen Kriegsluftfahrt“ wünsch. Man sieht, daß Italien zur Abwehr entschlossen ist, wenn jetzt Amerikaner und Franzosen um Schulden und Abrüstung unter der Zustimmung Englands einen Kuhhandel abschließen wollen, um ihre Welt Herrschaft zu stabilisieren. Es ist denn auch fraglich, ob Balbo wirklich ein Kernbleiben Italiens von der Abrüstungskonferenz wünscht, oder ob nicht vielmehr durch diese Drohung des italienischen Luftfahrtministers erreicht werden soll, daß man sich in London und Washington Italiens erinnert und nunmehr auch Italien in die Abrüstungs- und Schuldenbesprechungen einbezieht. So kann man den Vorstoß Balbos wohl als einen Versuch der italienischen Politik betrachten, Italien aus der Isolierung, in die es die Konferenz von Lausanne und die Genfer Abrüstungsverhandlungen gebracht haben, zu befreien.

Englisch-französische Reden auf dem Schlachtfeld der Somme.

In Paris ist man von der Kritik Balbos nicht gerade sehr entzückt, der „Temps“ findet es erstaunlich, daß ein Minister eine so heftige Kritik an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz übt und den anderen Teilnehmern dieser Konferenz vorwirft, sie seien nicht mit dem Willen zur Abrüstung, sondern zur Aufrüstung nach Genf gekommen. Daher nimmt die französische Presse Italien gegenüber wieder eine etwas unfreundlichere Haltung ein, während man sich gleichzeitig bemüht, die Beziehungen zu England als möglichst herzlich erscheinen zu lassen. Charakteristisch hierfür war auch die Einweihung eines Denkmals für die gefallenen englischen und französischen Soldaten auf dem Schlachtfeld der Somme. Zwar feierte hier auch der Prinz von Wales die englisch-französischen Beziehungen, fügte jedoch hinzu, man müsse diesen Geist der Zusammenarbeit pflegen zur Erreichung des Weltfriedens und der internationalen Verständigung. Die Ausführungen des französischen Staatspräsidenten waren noch um einige Grade herzlicher, vor allem brachten sie einige politische Genauigkeiten, die in der Rede des englischen Thronfolgers fehlten. Wenn der Prinz von Wales nur von dem Frieden sprach, so wurde im französischen Munde aus dem Frieden überhaupt der Friede im Rahmen der bestehenden Verträge. Ob man mit dieser Auslegung jenseits des Kanals völlig einverstanden ist, muß dahingestellt bleiben. Man braucht im ganzen wohl diese Denkmalsreden nicht zu überschätzen, wenngleich auch sie charakteristisch für das gegenwärtige englisch-französische Verhältnis sind.

Dollfuß zunächst gerettet.

In Österreich ist von der sommerlichen politischen Ruhepause vorläufig noch nichts zu spüren. Die Regierung Dollfuß führt einen schweren Kampf um ihr eigenes Leben und um das Lausanner Anleiheprotokoll. Allerdings ist es ihr gelungen, den ersten Angriff abzuwehren. Der Mißtrauensantrag der Großdeutschen wurde mit Stimmengleichheit im Parlament abgelehnt, aber dieses Ergebnis war nur dadurch möglich, daß unmittelbar nach dem Tode Seipels sein Nachfolger auf der Wahlliste im Parlament erschien, den Eid leistete und dann durch seine Stimme den Sturz des Kabinetts verhinderte. Bekanntlich wird dieser von Dollfuß unterzeichnete Vertrag von den Großdeutschen und von den Sozialdemokraten aufs schärfste bekämpft, weil er jenes berüchtigte Anleiheprotokoll des Jahres 1922, das die juristische Handhabe zur Zerschlagung der Zollunion bot, verlängert. Ja, es wird vielfach erklärt, daß die einzelnen Kontrollbedingungen viel härter seien als jene des Jahres 1922. In einem Artikel des „Wirtschaftsboten“ vertritt Dr. Leonhard Oberhauser sogar die Ansicht, daß „Österreich heute im Begriffe steht, den letzten Rest von Souveränität und außenpolitischen Geltung zu verlieren und in seiner Bedeutung weit unter den Rang eines Balkanstaates zu sinken“. Die Schlussabstimmung über das Lausanner Protokoll im öster-

Völkerbundsbeitrag in Reichsmark.

Differenzen mit der Völkerbundsbehörde.

Berlin, 5. Aug. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Über den deutschen Völkerbundsbeitrag sind in der letzten Zeit Differenzen mit der Völkerbundsbehörde entstanden. Die deutsche Regierung stellt sich nämlich auf den Standpunkt, daß die deutschen Verpflichtungen eine Übertragung der Summe in Schweizer Franken nicht erlaubt. Infolgedessen ist denn auch der fällige Anteil des laufenden deutschen Mitgliedsbeitrages zum Völkerbund in Höhe einer halben Million Reichsmark (unser Jahresbeitrag beträgt 2 Millionen Reichsmark), diesmal nicht in Devisen überwiesen worden, sondern auf Sperrkonto bei einer deutschen Bank eingezahlt worden. Es würde somit dem in Berlin befindlichen Büro des Völkerbundes, sowie auch dem Völkerbundssekretariat freistehen, über dieses Konto innerhalb Deutschlands zu verfügen, etwa um Rechnungen zu bezahlen, die in Deutschland zu begleichen sind. Am Völkerbundssekretariat ist man mit diesem Zahlungsmodus aber offenbar nicht einverstanden, wenngleich auch eine offizielle Mitteilung aus Genf zurzeit noch nicht vorliegt.

Die großen inneren Reformpläne.

Vorläufig lediglich Verwaltungsvereinfachung.

Berlin, 6. Aug. (Eig. Drahtmeldung.) Nach unseren Informationen entspricht es den Tatsachen, daß man im Zusammenhang mit der Klärung der Preußenfrage und der Reichsfrage wieder einmal an die Durchführung großer Reformpläne denkt. Von Seiten der Reichsregierung war ja bereits angekündigt worden, daß die Vereinigung einzelner preussischer Ministerien mit den entsprechenden Reichsministerien im Auge habe. Darüber hinaus will man aber noch an eine viel engere Zusammenlegung beider Verwaltungen herangehen. Ob man bei dieser Gelegenheit eine Personalunion Preußen-Reich herbeiführen wird, ähnlich

reichischen Parlament wird erst in der kommenden Woche erfolgen. Der Hauptausschuß des Nationalrats hat jedoch am Donnerstag bereits zugestimmt.

Schiffe im Gran Chaco.

In die sommerliche Stille dringt nun der Kriegslärm hinein, denn wieder einmal knallen im Gran Chaco die Schiffe der Truppen Boliviens und Paraguays. Die Situation ist ähnlich wie im Jahre 1928, auch jetzt wieder werden Forts, richtiger würde man wohl sagen Blockhäuser, im Urwaldgebiet des Gran Chaco erobert und zerstört. Die Truppen, die auf beiden Seiten aufgebaut werden, sind allerdings nicht übermäßig zahlreich, denn wenn auch Bolivien an Fläche etwa dreimal so groß ist wie Deutschland, so ist es doch sehr schwach bevölkert und sein Friedensheer, das übrigens nach preußischem Muster im Jahre 1911 von einer preußischen Militärmission unter General Kundt organisiert wurde, zählt nicht mehr als 4200 Mann. Das wesentlich kleinere Paraguay aber hat insgesamt nur etwa 1 Million Einwohner. Der Kampf geht wieder einmal für Bolivien um den Zugang zum Meer. Nachdem es Bolivien in dem langen Tacna-Arica-Streit nicht gelang, über chilenisches Gebiet einen Zugang zum Stillen Ozean zu erlangen, versucht es jetzt wenigstens einen Zugang zu dem Paraguanfluß zu erreichen, der eine gute Schiffsfahrtsverbindung zum Atlantischen Ozean, das heißt, nach Buenos Aires darstellt. Die südamerikanischen Staaten bemühen sich um eine Vermittlung in diesem Streit und auch den Präsidenten des Völkerbundes hat man in seiner Sommerfrische aufgefordert, damit er die internationale Feuerwehr zur Bekämpfung dieses Urwaldbrandes mobil macht.

Washingtons Wirtschaftsjorgen.

In Nordamerika hat man derweilen andere Sorgen. Man hat zwar mit Hilfe von Militär die Kriegsteilnehmer, die nach Washington gezogen waren, um ihre Entschädigungsansprüche durchzusetzen, aus der Bundeshauptstadt entfernt, aber diese sogenannte Veteranenarmee lagert nun in Johnstown in Pennsylvania und ihr Elend bleibt weiterhin ein politischer Faktor. Es ist auch sehr fraglich, ob Hoover seine Wahlausichten durch das an sich sicherlich notwendige Vorgehen gegen die Veteranenarmee verbessert hat. Seine Gegner werfen ihm grausame Behandlung der ehemaligen Kriegsteilnehmer vor, obwohl bei dem 12-Milliarden-Mark-Defizit im amerikanischen Haushalt eine Erfüllung ihrer Wünsche sicherlich nicht möglich war. Der ganze Kampf der sogenannten Veteranen charakterisiert die sozialpolitische Lage in den Vereinigten Staaten und stellt sich schließlich auch als Auswirkung der großen Arbeitslosigkeit dar. Dieser Arbeitslosigkeit will man nun in den Vereinigten Staaten durch die allgemeine Einführung der 5-Tage-Woche zu Leibe gehen. Freilich dürfte bis zur tatsächlichen Einführung der 5-Tage-Woche noch einige Zeit vergehen, wenn gleich dieser Vorschlag in Amerika im allgemeinen ein günstiges Echo geweckt hat, da nach den Berechnungen der Sachverständigen durch die 5-Tage-Woche etwa drei Millionen Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden könnten. Es bleibt abzuwarten, ob es den Amerikanern durch diese oder eine ähnliche Maßnahme gelingt, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen oder doch wenigstens zu vereinfachen.

Der Freiwillige Arbeitsdienst.

Beröffentlichung der Ausführungsvorschriften.

Berlin, 5. Aug. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute abend die Ausführungsvorschriften zur Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst. Von Interesse sind noch folgende allgemeine Bestimmungen:

§ 2. Über die allgemeinen Voraussetzungen, unter denen Arbeitsdienstwillige zum Freiwilligen Arbeitsdienst zugelassen werden können, trifft der Reichskommissar nähere Anordnungen.

§ 3. Der Eintritt in den Freiwilligen Arbeitsdienst verpflichtet die Arbeitswilligen besten Gemeinschaftsgesellschaft zu pflegen und die gemeinsamen Schritte nach Kräften zu fördern.

§ 4. Der Reichskommissar sorgt dafür, daß die Arbeitsdienstwilligen ernste Arbeit leisten; der Arbeitserfolg soll in angemessenem Verhältnis zu den angewendeten Mitteln stehen. Der Reichskommissar sorgt auch dafür, daß den Arbeitsdienstwilligen Gelegenheit geboten wird, sich geistig zu bilden und sportlich zu betätigen.

§ 5. Lehnt ein Arbeitsloser es ab, sich an einer Arbeit im Freiwilligen Arbeitsdienst zu beteiligen, oder gibt er eine solche Arbeit auf, so ist dies nicht als Tatsache anzusehen, aus der sich ergibt, daß der Arbeitslose die Erlangung einer neuen Arbeitsstelle vereitelt oder durch sein Verhalten absichtlich den Verlust seiner Stellung herbeigeführt hat (§ 39a d. G. über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung).

Das Dienstalter der Polizeioffiziere.

Eine neue oldenburgische Verfügung.

Oldenburg, 5. Aug. Wie jetzt bestätigt wird, hat das oldenburgische Innenministerium eine neue Verfügung über das Dienstalter von Polizeioffizieren erlassen, durch deren Bestimmungen Oberst Wankke, der Organisator und langjährige Kommandeur der oldenburgischen Polizei, und Major v. Hellem genötigt sind, in den Ruhestand zu treten.

Ministerpräsident Koeber hielt gestern einen Appell der Ordnungspolizei und der Gendarmerie ab, bei dem er vor allem seinen Dank an Oberst Wankke aussprach. Im übrigen betonte der Ministerpräsident, die politische Gesinnung des Einzelnen sei ihm gleichgültig, Polizei und Reichswehr hätten nichts mit der Parteipolitik zu tun. Die Frage der Neubestellung der freiwerdenden Stellen ist noch nicht entschieden.

Eine Statistik der politischen Ausschreitungen.

72 Tote, 497 Schwerverletzte in der Zeit vom 1. Juni bis 20. Juli.

322 Überfälle.

Berlin, 5. Aug. Der mit der Führung der Geschäfte des preußischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, hat auf Grund der Berichte der einzelnen Regierungspräsidenten eine Statistik der politischen Überfälle und Ausschreitungen aufgestellt, die die Zeit vom 1. Juni bis 20. Juli und sämtliche preußischen Gebietsteile, außer Berlin, umfassen.

Nach dieser Aufstellung sind in der angegebenen Zeit insgesamt 322 politische Überfälle erfolgt, die 72 Todesopfer gefordert haben. 497 Personen wurden dabei schwer verletzt.

Auf Grund der polizeilichen Ermittlungen waren in 203 Fällen davon die Angreifer Kommunisten, in 75 Fällen Nationalsozialisten, in 21 Fällen Reichsbannerleute.

In 23 Fällen konnte die Schuldfrage durch die polizeilichen Ermittlungen nicht geklärt werden. Dieser Statistik lagen u. a. auch die Berichte der Regierungspräsidenten vor dem 15. Juli zu Grunde, also vor dem Regimewechsel in Preußen.

Was die blutigen Vorfälle in Königsberg anbetrifft, so kann außer dem bereits mitgeteilten Untersuchungsergebnis wegen des Anschlages auf das Gewerkschaftshaus und der Brandstiftungen in Königsberg-Kalthoff über den Stand der Ermittlungen in den anderen Fällen im Interesse der Untersuchung vorläufig nichts gesagt werden. Aber die Ausschreitungen in Schleswig-Holstein hat der Kieler Regierungspräsident einen eingehenden Bericht an das preußische Innenministerium gefandt, in dem die einzelnen Fälle — von den Altonaer Überfällen an — aufgeführt werden.

Der Regierungspräsident sieht als Ursache dieser Ausschreitungen einerseits die Verhetzung durch die kommunistischen Führer und Presse und andererseits die Tatsache, daß zweifellos eine Reihe jüngerer SA- und SS-Leute sich nicht in der Hand ihrer Führer befinden.

Angeichts der ständigen polizeilichen Ausschreitungen macht der Bevollmächtigte des Reichskommissars, Dr. Bracht, erneut darauf aufmerksam, daß er alle Maßnahmen ergreifen wird, die geeignet sind, Leben und Sicherheit zu schützen und daß er unterschiedlos gegen alle Schuldigen rücksichtslos vorgehen wird, ganz gleich ob sie im rechten oder linken politischen Lager stehen.

Die Aufklärung der Königsberger Vorfälle.

Eine Erklärung des Polizeipräsidenten.

Königsberg, 5. Aug. Der Königsberger Polizeipräsident hat heute nachstehende Mitteilung an den Spezialberichterstatter des „Matin“ überliefert: „Auf Ihr Schreiben vom 4. August 1932 erlaube ich mir folgende Beantwortung Ihrer Fragen ergebenst zu übermitteln: Die Inbrandsetzung der Tankstellen und die übrigen Brandstiftungsverbrechen sind aufgeklärt worden. Die Akten sind heute der Staatsanwaltschaft überliefert. Die Täter, soweit sie gefaßt haben, erklärten, Mitglieder der SA zu sein. Diese Taten scheinen einheitlich nach einem bestimmten Plan durchgeführt worden zu sein.“ Zu den anderen Straftaten erklärt der Polizeipräsident zurzeit keine näheren Angaben machen zu können.

Empfindliche Strafen für Waffentragen.

Ein Erlass des Königsberger Generalstaatsanwalts.

Königsberg, 6. Aug. Der Generalstaatsanwalt hat an die ostpreussischen Staatsanwaltschaften folgende Anweisung erlassen: Trotz wiederholten Verbots des Waffentragens, trotz eindringlicher Warnung auch von höchsten Regierungsstellen werden immer wieder junge Leute im Besitz von Schusswaffen, Dolchen u. dergl. verhaftet. Wohin diese Zustände führen, haben die Ereignisse der letzten Zeit zur Genüge gezeigt. Jedermann weiß heute, daß das Mitführen von Schusswaffen, Dolchen u. dergl. verboten ist. Wer in dieser aufgeregten Zeit dieses Verbot übertritt, tut dies nur in der Absicht, bei sich bietender Gelegenheit von seiner Waffe Gebrauch zu machen. Der Schutz der Bevölkerung ist aber Sache der Polizei, nicht des einzelnen Bürgers, vor allem nicht der jungen raddelstüchtigen Elemente. Gegen diese rücksichtslos einzuschreiten, ist das Gebot der Stunde. Ich erlaube daher die mir unterstellten Staatsanwaltschaften, diese Gesichtspunkte bei Gericht nachdrücklich zur Geltung zu bringen und gegen die Täter je nach Lage des Falles empfindliche Strafen zu beantragen. Gelinde Geldstrafen können in der jetzigen Zeit als ausreichende Sühne nicht angesehen werden.

Der Reichskanzler in Wallerfangen.

Empfang von Mitgliedern der Regierungskommission.

Köln, 5. Aug. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ mitteilt, hat Reichskanzler v. Papen auf seinem Urlaubssitz Wallerfangen den englischen Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, Knot, und den holländischen Verkehrsminister des Saargebietes, Dr. Ehrenrooth, zum Frühstück empfangen. Für die Ortsarmen von Wallerfangen hat Herr v. Papen eine größere Summe gestiftet.

Der Anschlag auf die Reichsbanknebenstelle Löhen.

Eine Bombe mit Zeitzündung.

Löhen, 5. Aug. In der Nacht zum Freitag gegen 1.10 Uhr wurde auf die hiesige Reichsbanknebenstelle ein Bombenanschlag verübt. In der Hauptfront Hindenburgstraße wurde an den Pfeilern, die einen Balkon tragen, eine Bombe niedergelegt und zur Entzündung gebracht. Der Sprengkörper explodierte mit lauter Detonation. Der untere Teil des eisernen Pfeilers wurde beschädigt, die Scheiben des großen Fensters zum Kassenraum zertrümmert und durch Splinter in der Betondecke des Kassenraums und der Balkons weitere Beschädigungen angerichtet. Wenig Augenblicke nach der Explosion eilten Passanten und Polizei herbei, die jedoch in den Zugangsstraßen keine verdächtigen Personen gesehen hatten. Die Polizei nimmt daher an, daß die Bombe mit Zeitzündung versehen war.

Ein Spezialkommissar nach Ostpreußen entsandt.

Dr. Diels beauftragt.

Berlin, 5. Aug. Wie der Lokalanzeiger erfährt, hat der Reichskommissar einen Spezialkommissar zur Aufklärung der Terrorakte nach Königsberg entsandt, und zwar ist mit diesem Auftrage der Oberregierungsrat Dr. Diels aus dem preußischen Innenministerium beauftragt worden.

Der Rücktritt des Oberpräsidenten Dr. Siehr.

Dem Antrage stattgegeben.

Königsberg, 5. Aug. Der Reichskommissar für das Land Preußen hat heute Oberpräsident Dr. Siehr telegraphisch mitgeteilt, daß das preußische Staatsministerium dem Antrage auf Veretzung in den Ruhestand zum 1. Oktober 1932 und auf Beurlaubung bis zu diesem Termin stattgegeben hat. Gleichzeitig ist Vizepräsident Dr. Steinhoff bis auf weiteres von seinen Dienstgeschäften beurlaubt worden, wobei Wiederverwendung durch den Reichskommissar für das Land Preußen in Aussicht genommen ist. Oberregierungsrat Agricola ist einweilen mit der Vertretung des Oberpräsidenten beauftragt worden.

Handgranatenanschlag in Breslau.

Auf den Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Breslau, 6. Aug. Heute nacht gegen 1 Uhr wurde auf den Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei, Rechtsanwalt Dr. Edstein-Breslau, ein Attentatsversuch unternommen. Von einem vorbeifahrenden Auto wurde in das Schlafgemach Dr. Edsteins eine Handgranate geworfen. Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß Dr. Edstein nicht verletzt wurde. Jedoch sind im Zimmer starke Verwüstungen angerichtet worden. Da in den letzten Tagen Drohungen gegen Dr. Edstein bei diesem einliefen und seine Fenster mit Hagelkreuzen bemalt wurden, vermutet Dr. Edstein, daß der Anschlag von rechtsradikaler Seite herrührt. Die Polizei ist zurzeit an Ort und Stelle, um nähere Ermittlungen anzustellen.

Mord in einem Chemnitzer Café.

Ein Dentist erschossen.

Chemnitz, 5. Aug. Im Café Herold, das als Verkehrslokal der NSDAP gilt, wurde heute nacht der 31jährige Dentist Kriebel von einem unbekannten Täter durch einen Kopfschuß so schwer verletzt, daß er kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus verstarb. Wie dazu amtlich mitgeteilt wird, wurden die Gäste in dem betreffenden Café von zwei unbekannten Personen, die vorher friedlich Bier getrunken hatten, plötzlich mit vorgehaltenen Pistolen aufgefordert die Hände hochzuheben. In dem darauf folgenden Handgemenge erhielt der Dentist von einem der beiden Unbekannten einen Schuß in den Kopf. Die Täter, von denen einer durch einen Wurf mit einem Bierglas verletzt wurde, konnten zunächst entkommen; später aber wurde der Verletzte aufgegriffen und festgenommen. Die Ermittlungen über die Parteizugehörigkeit der Täter haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Der erschossene Dentist ist parteilos.

Gefängnisstrafen für politische Ausschreitungen.

Urteile des Schnellrichters in Memmingen.

Memmingen, 5. Aug. Vom Schnellrichter wurde heute der Kommunist Feil wegen Beamteneinigung und gefährlicher Körperverletzung aus politischen Beweggründen zu sieben Monaten Gefängnis bei sofortigen Haftantritt verurteilt. Der Kommunist Pais erhielt wegen Beihilfe zur Beamteneinigung zwei Monate Gefängnis. Der Verurteilung lagen die politischen Ausschreitungen vom 2. August zugrunde, bei denen die beiden Kommunisten die Polizei aufforderten, den Platz zu räumen, da sie andernfalls Verstärkung holen würden. Außerdem wurden bei dieser Gelegenheit einige Nationalsozialisten blutig geschlagen.

Die Verlängerung des Rüstungsstillstandes.

Eine leere Formalität.

Genf, 5. Aug. Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson, hat an alle auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Regierungen ein Schreiben gerichtet, in dem er die Regierungen ersucht, sobald wie möglich, auf jeden Fall aber vor dem 1. November, mitzuteilen, ob sie bereit seien, gemäß der am 23. Juli von der Abrüstungskonferenz gefassten Entschließung einer Verlängerung des Rüstungsstillstandes vom 1. November an um 4 Monate zuzustimmen. Das Schreiben Hendersons ist eine ebenso leere Formalität wie der „Rüstungsstillstand“ selbst, der bekanntlich im September 1931 von der italienischen Delegation als wirksame Einleitung der Abrüstungskonferenz vorgeschlagen wurde.

Sturm um die kleine Verwaltungsreform.

Eine Rundfrage bei führenden Kommunalverbänden.

Die kleine Verwaltungsreform, die das preussische Staatsministerium vor Grund der zweiten Sparverordnung vom 23. Dezember vorigen Jahres beschlossen und soeben veröffentlicht hat, erregt, wie vorausgesehen war, die Bevölkerung der betroffenen Gebiete auf das Stärkste. Schon in den letzten Tagen häuften sich im preussischen Innenministerium die Protesttelegramme. Zum Teil erschienen Deputationen aus den einzelnen Kreisen, um durch persönliche Einwirkung noch „zu retten, was zu retten war“. Der Reichskommissar blieb jedoch hart, da nach Auffassung der jetzigen kommissarischen Regierung die kleine Verwaltungsreform einen unaufhebbarer Bestandteil im Rahmen der übrigen Reform- und Sparmaßnahmen bildet. Man sah voraus, daß ein Nachgeben an nur einem Punkte die ganze Reform über den Haufen werfen würde und nahm deshalb auch Härten und die Möglichkeit von Fehlern in Kauf, um nur erst einmal das Reformwerk als Ganzes zu erproben und auf seine Tragfähigkeit hin praktisch zu prüfen. Daß das Vorgehen der preussischen Regierung dadurch einer gewissen Grobheit nicht entbehrt, liegt auf der Hand. Wir haben uns aus diesem Grunde mit den führenden Verbänden der hauptsächlich betroffenen Landkreise in Verbindung gesetzt, um durch praktische Erläuterungen die von der preussischen Regierung angeführten Gesichtspunkte zu ergänzen und einer sachlichen Beurteilung des Reformwerkes — ganz gleich ob sie zustimmend oder ablehnend lautet — die Wege zu ebnen.

Die Auffassung des Deutschen Landgemeindetages:

Daß die Durchführung der seit langem geplanten kleinen Verwaltungsreform durch den jetzigen Reichskommissar Dr. Bracht unpopulär im höchsten Grade ist, darüber wird sich die kommissarische preussische Regierung keiner falschen Auffassung hingeben. Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. Dr. Gerdke, ist bereits vor wenigen Tagen bei Reichskommissar Dr. Bracht vorstellig geworden, um Einspruch gegen die massenweisen, schematischen Einsparungen zu erheben. Dieser Einspruch soll nach Veröffentlichung der Spar- und Reformmaßnahmen sofort noch einmal öffentlich präzisiert werden. Nach unserer Auffassung können große Ersparnisse bei dieser Reform nicht herauskommen. Dagegen sind die Unzulänglichkeiten für die freispendige Bevölkerung in vielen Fällen — nicht in allen — so groß, daß man mit Recht sehr unangenehme Rückwirkungen der rein schematisch vorgenommenen Einsparungen befürchten muß. Es gibt natürlich kleine Kreise, zum Beispiel in der Provinz Hannover von 20 000 bis höchstens 25 000 Kreiseinsassen, bei denen rein verhältnismäßig gesehen, die Zusammenlegung zu verstehen ist. Aber schon hier melden sich Bedenken. Wenn die Bevölkerung dieser Bezirke in sehr kleinen Flecken wohnt und auf weite Strecken verteilt ist, so kann theoretisch ein neuer Kreis von 50 000 Insassen auf dem Papier sehr gut aussehen, praktisch aber geradezu ein Monstrum sein. Am stärksten betroffen werden natürlich die kleinen Städte, besonders wenn sie nicht nur ein Landratsamt, sondern zugleich auch ein Amtsgericht verlieren. Es kommt hier hinzu, daß die Zusammenlegung auch von einer Einsparung im Personalbestand der Landratsämter begleitet ist, die bei den jetzigen katastrophalen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt keineswegs erfreulich genannt werden kann. In der Vorkriegszeit besaß ein preussischer Landrat ein Gehalt von 5000 M. und mußte davon noch sein Büro bezahlen, das damals meist mit jungen Leuten und Lehrlingen besetzt war. In der Nachkriegszeit wurden die Beamten und Angestellten der Landratsämter zum Teil um das Vier- bis Fünffache der früheren Besoldungssummen verstärkt. Das war zum Teil gewiß unnötig, zum Teil verlangte es die vermehrte Arbeit. Bei der Verteilung der finanziellen Ersparnisse wird man erst einmal zahlenmäßig feststellen müssen, wieviel Angestellte entlassen und Beamte abgebaut werden, um ein klares Bild zu erhalten. Leider ist bei der übertriebenen Eile, mit der die Reform durchgeführt wurde, ein wichtiger Gesichtspunkt außer Acht geblieben. Seit Jahr und Tag häufen sich die Wünsche von kleinen Städten, die in Kreisen liegen, nach einer Berücksichtigung überholter Kreisgrenzen. Es gibt Städte, in denen die Bevölkerung 40 Kilometer ohne Bahnverbindung von der Kreisstadt entfernt ist, während sie zu der Kreisstadt des nächstgelegenen in einer knappen Stunde gelangen kann. Wenn man umfassend reformieren wollte, dann müßte man auch hier einschreiten. Man brauchte nicht Kreise zusammenzuwerfen, wenn eine Überholung der Kreisgrenzen Besserung gebracht hätte. Ein Beispiel hierfür bietet der Kreis Bielefeld in der Provinz Hannover. Zum mindesten oder muß verlangt werden, daß die Verwaltungsreform von

oben nach unten sich nicht nur auf die Landkreise und Amtsgerichte beschränkt, sondern auch bei der Zentralinstanz und anderen oberen Instanzen (Zusammenlegung der Oberpräsidien und Regierungspräsidien!) durchgreift.

Bedenken des Preussischen Landkreistages:

Man kann selbstverständlich unter Umständen für eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung eintreten. Leider wird dabei aber zu wenig an die betreffende Bevölkerung gedacht. Die kleine Verwaltungsreform hat sicher in vielem Recht, aber es gibt doch viele Kreise, wo die Kreisangehörigen erhebliche Erschwerungen in Kauf nehmen müssen. Bei verschiedenen Kreisen in der Provinz Hannover bestanden bisher verhältnismäßig günstige Verbindungen zu den Kreisstädten. Sie sind jetzt sehr verschlechtert worden. Man hat nicht genügend berücksichtigt, daß zwar der Landrat und seine Beamten im Auto überall leicht hinkommen können, daß dieses Verkehrsmittel aber den meisten Kreisangehörigen nicht zur Verfügung steht. Man hat immer nur gedacht, wie verbilligt man den Apparat, ohne die verwaltete Bevölkerung richtig einzufaktualisieren. Auch die Einsparungen sind vorläufig sehr problematisch. Sie werden sich erst in späteren Jahren bemerkbar machen. Ein papierener Protest hat allerdings gegenwärtig keinen Zweck. Die Gesamtwirkungen der Reform werden sich erst nach ihrer praktischen Durchführung abzeichnen lassen.

Ein großer Kommunalverband erklärt:

Die Meinungen über die Zusammenlegung der Landkreise gehen bei den Betroffenen selbst sehr weit auseinander. Wer ausgelöst wird, wehrt sich. Wer vergrößert wird, macht aus seiner Freude kein Hehl. Eine einseitige Stellungnahme ist deshalb nicht möglich. Man darf auch nicht vergessen, daß der jetzige Reformentwurf schon seit 1926

Die Beisetzungsfeier für Dr. Seipel.

Beteiligung einer riesigen Menschenmenge.

Wien, 5. Aug. (Eig. Drahtmeldung.) Unter Beteiligung einer riesigen Menschenmenge wurde heute der frühere Bundeskanzler Seipel zu Grabe getragen. Die Trauerfeier begann um 14 Uhr, als der Generalvikar von Wien, Weihbischof Dr. Kamprath, im Gebäude des Militärkasinos auf dem Schwarzenbergplatz, wo der Verstorbene aufgebahrt war, die erste Einsegnung vornahm. Schon eine Viertelstunde vorher, kurz nach den Mitgliedern der österreichischen Regierung, waren der bayerische Ministerpräsident Held und der Reichskanzler a. D. Dr. Brüning, sowie der ungarische Wohlfahrtsminister Dr. Ernst an der Bahre Seipels erschienen. Um 14 Uhr setzte sich der Trauerzug nach der Stephanskirche in Bewegung, wo der päpstliche Nuntius Sibilio das Requiem für den Verstorbenen las. Der Tote lag in einem einfachen braunen Sarg, dem nach den Verwandten des Verstorbenen der Bundespräsident und die Mitglieder der Regierung, das Diplomatische Korps und die ausländischen Trauergäste, unter ihnen auch ein englischer und amerikanischer Bischof, sowie die Generalität, hohe Offiziere und 1200 Mann des Bundesherres und schließlich ein Zug von vielen Tausenden folgten. Nach der kirchlichen Trauerzeremonie im Stephansdom bewegte sich der Zug durch die mit Trauerfahnen geschmückten Straßen zum Parlament, vor dem der Bundespräsident und der Bundeskanzler, sowie die Präsidenten der parlamentarischen Körperschaften Trauerreden hielten, und von hier zum Zentral-Friedhof, wo gegen 1 Uhr die letzte Einsegnung und die Beisetzung Dr. Seipels in einem Ehrengrab der Gemeinde Wien erfolgte.

Erhöhung der Spiritus-Beimischungsquote.

Von 6 auf 10 Prozent.

Berlin, 5. Aug. Wie wir erfahren, wird in den nächsten Tagen die Verordnung über die Erhöhung der Spiritusbeimischungsquote veröffentlicht werden. Für die Erhöhung der Spiritusbeimischungsquote, die von 6 auf 10 Prozent vorgesehen ist, müssen aber noch verschiedene Vorbedingungen erfüllt werden, die in der Verordnung genauer bezeichnet sind.

und in knapp fünf Tagen von Berlin bis ans Meer gelangen? Und wer, erfrage ich, stand noch nicht begeistert an der Spree selber, der Nährmutter all dieser Kanäle und Verbindungswege, in Rummelsburg etwa, wo sie sich leuchtend weißer oder in der City, hinter dem königlichen Schloß mit ihrer wahrhaft prächtigen Umrahmung oder ganz, ganz draußen, wo sie, schon die Nähe der Havel ahnend, dieser mit beschwingteren Wellen zueilt?

Wenig Waren gehen von Berlin fort, viele kommen hierher. Vor allem gelangen auf dem Wasserweg die wichtigsten Baumaterialien nach Berlin, Ziegel, Steine und Sand. Auch Kohle führt man so zu, Getreide, Obst und Gemüse. Aus der deutschen Provinz von der Ostgrenze her fahren die Schiffe ihre Last. Es heißt, daß acht bis neun Millionen Tonnen jährlich auf deutschen Wasserstraßen in die Reichshauptstadt geführt werden; eine Million Tonnen passiert Berlin, ist Transitgut. Große Schleusen wie die Mühlendammerschleuse am altberühmten Köllnischen Fischmarkt geben täglich an hundert Schiffen Raum, die Schleusenanlagen bei der Trepower-Brücke und beim Westhafen stehen dieser Rekordziffer nicht viel nach. Selbst mein Freund, der Landwehrkanal, der wie ein göttlicher Richter aussteht, gerade das Gegenteil dessen, was man von der Betriebsamkeit in jenen Zonen erwartet, trägt auf seinem Rücken eine Million Tonnen von Jänner bis Dezember durch Berlin. So ist sogar seine Stille nur scheinbar, Phantom und Wunschbild.

Die Leute, welche diese Schiffe führen, sind heute noch ein ganz eigenartiges Volk. Matrosen kann man sie nicht nennen, sie haben nichts zu tun mit jenen, die die Meere befahren und nur in großen Weltstädten mit Schwantendem Seemannsstriß bisweilen an Land gehen. Ihnen fehlt die Gemüthsart des Siegers, die den blauen Jungens der Ozeane in den Randstädten am Meere stets zu eigen ist. Die Spreeschiffer sind arme, geduckte Menschen, die schwer ihr tägliches Brot verdienen, keine Gesellschaft kennen, kaum jemals eine Feiertunde. Nur eines ist ihnen gemeinsam: der Gottesdienst. Eine eigene Schiffskirche, die ihnen vor 25 Jahren gestiftet wurde, tut auch heute noch in den Berliner Kanälen ihr frommes Werk und der schmale Kahn mit seiner kleinen Glode und dem Gebetsraum vereint stets alle die, denen des Tages Last allzu schwer auf ihren Schultern ruht.

restlos abgeschlossen im preussischen Innenministerium liegt. Jeder Sachkenner weiß, daß grundlegende Änderungen im einzelnen kaum in Frage kamen. Es war immer nur eine ganz bestimmte Anzahl von Kreisen in Preußen vorhanden, bei denen sich eine Zusammenlegung überhaupt lohnte. Bedauerlich ist, daß in den letzten drei Monaten die Kreisveränderung und auch die Landräte nicht mehr zu der geplanten Reform gehört wurden. Sie ist auch früher meist mit den Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten durchgesprochen worden. Wenn bei der Reform Fehler gemacht wurden, so werden sie sich nach einiger Zeit feststellen lassen. Dann werden hoffentlich die Regierungsstellen rasch für Abhilfe sorgen. Im jetzigen Augenblick sind alle Einsprüche zwecklos, da die Reform bereits am 1. Oktober in Kraft treten soll.

Was sagen die Beamten und Angestellten?

Da der Reichsverband der deutschen Kreisbeamten in Swinemünde nicht erreichbar war, haben wir uns an den Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens mit der Bitte um Würdigung gewandt. Man nimmt hier zu den sachlichen Voraussetzungen der Verwaltungsreform nicht Stellung, sondern fordert nur, daß dabei die Rechte der Beamten und Angestellten gewahrt bleiben. Nach Auffassung des Verbandes können Kreisbeamte nicht auf Wartegeld gestellt werden. Das war nur unter der Personalabbauverordnung möglich, die vorübergehend seinerzeit mit Zweidrittelmehrheit vom Reichstag beschlossen worden war, jetzt aber außer Kraft ist. Von größter Wichtigkeit für die Beamten und Angestellten ist, daß für ihre Behandlung bei der Zusammenlegung eine gezielte Regelung getroffen wird und der Abbau nicht der Willkür der jeweiligen Kreisleitung überlassen bleibt. Als Mindestmaß einer solchen Regelung kommen die Bestimmungen in Frage, die man früher anlässlich der kommunalen Umgeordnungen, besonders im ersten Umgeordnungsgezet geschaffen hat und deren Vorschriften auch späterhin immer wieder bei ähnlich gelagerten Fällen innegehalten wurden.

Kurze Umschau.

Wie amtlich mitgeteilt wird, sind die Sutterzoll-Verhandlungen mit Holland und Dänemark einstweilen abgeschlossen. Die Unterhändler sind nach Hause gefahren, um über die deutschen Vorschläge zu berichten.

In Landau (Pfalz) starb nach langer Krankheit der bayerische Landtagsabgeordnete Karl Bernzotti im Alter von 82 Jahren. Er hatte sich besonders in der Bezugszeit hervorgetan. Beim Einzug der Separatisten wurde er als verantwortlicher Schriftleiter des „Rheinpfälzer“ verhaftet.

Die Hamburger Polizeibehörde hat das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt“ auf die Dauer von fünf Tagen verboten, da es in einem in der Donnerstagsnummer erschienenen Aufsatz eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Polizeiherrn erblidete.

Der Preußenverband der Haus- und Grundbesitzervereine, der etwa 300 000 Mitglieder umfaßt, ist in Altona zu einer Tagung zusammengetreten. In der geschlossenen Sitzung wurde in den Ausschüssen erfolgten Wiederwahl des 1. Vorsitzenden, Labendorf (Berlin), in einer geheimen Abstimmung die Bestätigung verlegt.

Am Freitag begannen die großen italienischen Flottenmanövern, an denen rund 100 Schiffe der Kriegsmarine und 23 Staffeln von Marineflugzeugen teilnehmen.

Die irische Kammer nahm mit 58 gegen 43 Stimmen eine Regierungsvorlage an, wonach ein Sonderfonds von zwei Millionen Pfund Sterling für die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges mit Großbritannien geschaffen werden soll.

Der Kaiser von Abessinien hat, wie aus Addis Ababa gemeldet wird, eine besondere Behörde zur Unterdrückung des Sklavenhandels geschaffen. An ihrer Spitze wird ein abessinischer Fürst stehen, der von einem britischen Ratgeber und einem Ausschuß führender Persönlichkeiten unterstützt wird.

Berliner Wasserwege.

Trachtenbilder und Schiffervolk an der Spree.

Von Dr. Erwin Strauß.

Rein, man könnte sie nicht fortbringen aus dem Stadtbild Berlins, heute noch nicht einhalb: die vielen schmalen Wasserläufe, die Zeichen der Geruchsamkeit inmitten des rauschenden Wirbels einer selbst das amerikanische Tempo noch übersteigenden Stadt. Gewiß, Berlin ist modern, hypermodern sogar, es besitzt genügend jugendliche Kraft, um Veraltetes als wirklich veraltet zu erkennen und das unheimliche Gekern vielfach abzureißen, um ein bequemes Moroggen zu schaffen, aber es verfügt doch auch über Rückgrat genug, um all den Autoteufeln, welche die ehmalsigen Wasserstraßen zugeschliffen und an ihre Stelle Rennschlitten errichtet wissen wollen, in ihre Schranken zurückzuweisen. Nach diesen Berlins Grachten, Schleusen und Kanälen erhalten, noch erblickt dem Herzen Deutschlands manch stimmungsvoller Zauberwunder, der in sonderbarer Einfachheit das entfernte Venedig mit dem nahen Holland zu vermischen sucht und uns in Stimmungen versetzt, die nach dem Süden und Norden in gleicher Weise locken, — uralte deutsche Wandersehnsucht ins Reich des ewig blauen Himmels und in den draußen Ernst weithin verblühender Heide- und Dünenlandschaft.

Der Landwehrkanal, im östlichsten Berlin entspringend, im westlichsten endend, die ganze Stadt mit schneidender Armee umfänglich, — ihn liebe ich vor allem und wer liebt ihn nicht mit mir? Wer, Erwaehner oder Kind, verweilt noch nicht im Süden am Teltow- oder Brühlkanal, sinnend über halbmonter Brückengeländer gebrüht, mit den Blicken einem Frachttrahn verhaftet, der, zettlos scheinbar — unendlich langsam seine schwere Last durch die Reichshauptstadt zu führen sich ansetzt? Wer fuhr noch nie nach dem Norden zum Hohenzollerkanal und den mächtigen Anlagen des Westhafens, der, vierfach gebogelt, denkwürdig als alle Statistik zeigt, wie unablässig der Schiffsverkehr von hier aus nach Hamburg, Stettin und Magdeburg betrieben wird, nicht mehr mit Röhren bloß, sondern mit modernen Schleppern oder Tiefgang, die die alten Fahrzeuge beträchtlich an Geschwindigkeit übertreffen

Die Zahl der Spreeschiffer beträgt annähernd 25 000. Sie kommen aus der Provinz, die meisten aus den Elbegenden, wo es manche Dörfer gibt, die überhaupt nur von wandernden Schifferfamilien bewohnt sind. Diese Leute fahren von der ersten schiffbaren Station der kleinen Wasserläufe bis zu den großen Strömen, bisweilen bis ans Meer. Sie lieben es nicht, an Land zu gehen, sie lieben es auch nicht, mit anderen Menschen, die ihrem Gewerbe fremd sind, in nähere Verbindung zu treten. Denn was sollte etwa eine Städterin oder ein Bauernmädchen auf einem Schiffe tun? Da ist es schon besser, man bleibt unter seinesgleichen. So heiratet man von einem Schiff auf das andere, bekommt auf dem Spreefahne seine Familie und läßt die kleinen Bengels, die unter irgendeiner Brücke oder draußen im Flakland ohne Arzt und Professor das Licht der Welt erblickten, mit echtem Spreewasser taufen.

Das gibt es nicht, daß nur der Vater seinen Dienst tut auf dem Kahn. Auch die Mutter nicht eben, so wird sie am Steuer tätig sein und die Kinder, halb erwachsen, greifen schon nach den Rudern und Stößhaken, um „ihre“ Schiffe mit bewerktem Stolz an den mühsigen Juchauern der Städte vorüber zu treiben. Freilich, Lachen und stolzer Übermut erlischt bald, selbst die zartesten Hände erhalten starke Schwielen, die Kost muß einfach sein — und schmerzhaft mangelt, oft verzweifelt schwer, lastet über den Schiffen: die Einsamkeit! Getrennt ist ja ihre Welt von der der Menschen am Land, andere Anschauungen bewegen sie, andere Ziele, andere Sehnsüchte. Ihre stille Verschlossenheit allein wirkt berechtigt, man anerkennt ihre langen Antworten und weiß die Laten zu schätzen, die sie vollführen unter Verzicht auf so viel Lebensfreude und billigen Landgenuss.

Die Schiffer auf der Spree, auf der Havel und den anderen Flüssen, die dem Norden entgegenströmen, sind die unermüdeten Wegbereiter des Genusses und der Bequemlichkeit für jene, die am Lande wohnen. Sie bringen das Material, aus dem wir unsere Häuser bauen, sie bringen uns Brot und reifes Obst. Gedankenlos nehmen wir alles hin, wie selbstverständlich. Aber wenn uns ein Blick trifft aus den stahlharten Augen derer, die Tag und Nacht für uns durch die Kanäle fahren, dann wissen wir plötzlich, daß wir diesen Menschen tief verschuldet sind und möchten sie gerne Freunde und Brüder nennen.

Wiesbadener Nachrichten.

Nach kurzer Besserung wieder veränderlich.

Das Wetter der nächsten Woche.

Auch in dieser Woche hat die Herrschaft des im Bereiche der ozeanischen Kaltluft veränderlichen Wetters angehalten. Die vermutete Besserung ist zwar am Ende der Vorwoche eingetreten, wurde aber in unerwartet heftiger Weise von neuen Störungen, die in den stark erhöhten Kontinent einbrachen, für einige Tage unterbrochen.

Vor acht Tagen noch hatte sich das langsam über Süddeutschland entwickelte Hoch als stabil genug erwiesen, um den Angriffen eines vor Europas Küsten erschienenen energiereichen Wirbels zu widerstehen. Im Bereich des Druckmaximums trat am Sonntag in Deutschland schnelle Aufhellung und Anstieg der Temperatur bis zur 30-Grad-Grenze ein. Unter Druckfall verlagerte sich jedoch das Schönwettergebiet nach Osten, und ein Tief ausläufer konnte in unserem Bezirk weiterwärtig werden, dessen erste Kaltluftstöße schon am Montag im Westen Deutschlands Wetterverschlechterung einleiteten. Am folgenden Tage hatte der westliche kalte Luftkörper ganz Deutschland überflutet; es trat aber trotz allgemeinem Barometeransteig zunächst noch keine Besserung ein, da von Südosten her ein plötzlicher Vorstoß südöstlicher Warmluft, von einem einer Eb-Depression sehr ähnlichen Tief verursacht, am Dienstag verbreitete Niederschläge im Gefolge hatte. In der Mitte der Woche war die Störung bis zur mittleren Ostsee vorgedrungen und hatte dort dem unteren Weichselgebiet und besonders Danzig mit 66 Millimeter sehr starke Regenfälle gebracht. Dann erst trat wieder Aufhellung und langsame Besserung ein, wenn auch die Luftdruckverteilung unser Gebiet weiter im Bereich des westlichen feuchten Kaltluftkörpers belies, für den die im Weststrom mitfließenden schauerartigen Störungen charakteristisch sind.

Die schon vor acht Tagen vermutete langsame Wetterbesserung wird sich bis zum Wochenende vollends durchziehen, da jetzt das atlantische Hoch, von weiterem Anstieg der Luftdrucke begünstigt, seinen Einfluß auch auf dem Kontinent in östlicher Richtung bemerkbar machen wird. Unser Gebiet, das in der Mitte zwischen einem sehr umfangreichen russischen Hoch und dem jetzt wieder erneut vorrückenden Azorenmassimum liegt, wird von einer Hochdruckbrücke überdeckt werden, in deren Bereich bei abfallender Luftbewegung und schwachen Winden aus südlichen Richtungen für einige Tage mit sommerlich-heiße und warmem Wetter gerechnet werden kann. Erfahrungsgemäß dauert der Bestand einer solchen Wetterlage nur wenige Tage, wenn es nicht zur Entwicklung eines selbständigen europäischen Schönwettergebietes kommt, was aber, soweit die Lage der Dinge es als möglich erscheinen läßt, nicht anzunehmen ist, da die von Westen herannahenden Druckstörungen das schon heute kaum entbundene Zwischenhoch bedrohen. Das sommerlich fast veränderliche Wetter — von einigen regenlosen schönen Sommertagen unterbrochen — wird daher andauern. Wir verbleiben im Kampfgebiet der Luftmassen, Schönwetter wechselt mit trübem und regnerischen Tagen, und schon zu Beginn der nächsten Woche ist mit erneuter Unterbrechung der heiteren Tage, wenn auch nur auf kurze Zeit, zu rechnen.

Aus dem Magistrat.

Die Verkehrsinseln. — Umbauarbeiten in Schierstein.

Wie die Städtische Pressestelle mitteilt, wird am Montag mit der Befestigung der südöstlichen Insel am Kranzplatz begonnen. Auch werden daran anschließend die provisorischen Inseln vor dem „Berliner Hof“ endgültig ausgebaut.

Nachdem durch den Herrn Regierungspräsidenten aus den für die normals befahrbaren Gebiete zur Verfügung gestellten Mitteln der Stadt entsprechende Beträge überwiesen werden, sollen demnächst außer den bereits mitgeteilten noch folgende Bauarbeiten in Angriff genommen werden: Verbesserung der Omnibuswendestelle und der Uferstraße am Schiersteiner Hafen, Umbau des Leichenhauses in Wiesbaden-Schierstein.

Das Gesamtergebnis der Winterhilfe.

97 Millionen Mark durch private Spenden.

Länger als ein Vierteljahr war, wie wir von der zuständigen Stelle hören, dazu erforderlich, um das jetzt vorliegende Gesamtergebnis der Winterhilfe 1931/32 zu errechnen. Im Rahmen dieser Aktion, soweit sie durch die Deutsche Liga für freie Wohlfahrtspflege durchgeführt wurde, sind an freiwilligen Spenden aus privaten Mitteln rund 97 Millionen Mark eingegangen. Dabei sind aber nicht eingerechnet alle diejenigen Werte, die aus tätiger Nächstenliebe von Mensch zu Mensch aufgebracht wurden. Von der angegebenen Gesamtsumme entfallen 40 Millionen Mark auf Barspenden, der Rest auf Sachspenden wie Lebensmittel, Kohlen und Bekleidung. Wiederum wurden Werte von 42 Millionen Mark durch Gemeinschaftssammlungen aufgebracht, durch Eigenleistungen der Wohlfahrtsverbände Werte im Betrage von 25 Millionen Mark. Der Wert der Kohlenverbilligungsspende des deutschen Bergbaues beläuft sich ebenfalls auf 15 Millionen Mark und die Frachtverbilligung seitens der Deutschen Reichsbahn auf etwa 753 000 Mark. Von großem Interesse ist, daß die sogenannte überörtliche Hilfe, also in Fällen, wo der Überfluß des einen Bezirks zugunsten eines in besonderer Not befindlichen anderen Bezirkes übergeleitet wurde, rund 10 Millionen Mark ausmacht. Interessant ist ferner, daß die Höchstleistungen in Kleinstädten erzielt wurden, was nicht zuletzt auf die Bodenständigkeit und den ausgeprägten Bürgerinn der Bevölkerung zurückzuführen ist. Hervorgehoben zu werden verdient schließlich nicht zuletzt, daß Orte mit abnorm großer Erwerbsloseniffer, wie z. B. u. a. Elbing, Plesburg, Chemnitz und Duisburg einen unverhältnismäßig hohen Anteil am Ergebnis der Winterhilfe haben. Der Deutschen Liga für freie Wohlfahrtspflege, die mit großer Umsicht diese Winterhilfsaktion organisiert und durchgeführt hat, ist es, wie uns gelobt wird, ein Bedürfnis, für den schönen Opfergeist, der in der Millionenzahl zum Ausdruck kommt, ihre große Anerkennung zu sagen.

— Wiesbadener Fremdenverkehr. Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis 4. August 1932 angemeldeten Fremden beträgt 59 164 Kurgäste und Passanten.

— Herabsetzung der Fernspreckgebühren. Der Kaufmännische Verein schreibt uns: „Der Kaufmännische Verein hat sich in Eingaben an die zuständigen Stellen für eine Herabsetzung der Fernspreckgebühren erneut eingesetzt. Sowohl die Grundgebühr, wie auch die Ortsge-
sprächgebühr sind noch immer viel zu hoch. Der Verein

Hohe Besuche.

Wiesbaden galt ja in den Zeiten vor dem Krieg als das Bad der „Großen Welt“. Die ausländischen Aristokraten waren alljährlich zu bestimmten Zeiten in Wiesbaden längere Zeit zu Gast und ohne Zweifel hat das Wiesbadener Geschäftsleben und das Hotelgewerbe aus dieser Tatsache stets einen großen Auftrieb erhalten. Aber was war die Anwesenheit dieser „Kleinen“ gegen den Besuch gekrönter Häupter, die auch außer den Kaiser Tagen im Mai des öfteren ebenfalls in Wiesbaden weilten. Die europäischen Fürstentümer waren ja mehr oder minder verwandt oder verschwägert und man traf sich in Wiesbaden, dem internationalen Weltbad, zum zwanglosen verwandtschaftlichen Zusammensein. Im August 1882 glich Wiesbaden einem Hoflager. Zu längerem Kuraufenthalt waren im „Hotel du Parc“ abgeteilt: der König und die Königin von Dänemark, der König von Griechenland mit seinen Kindern, den Prinzessinnen Alexandra und Marie, dem Kronprinzen Konstantin und den Prinzen Georg und Alexandra. Im „Hotel Nassau“ wohnten Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen und Prinz Alexander von Hessen mit Gemahlin. Schließlich waren im „Hotel Bellevue“ abgeteilt: der Prinz von Wales mit Gemahlin und den Prinzen Albert Victor und Georg. Mit den Fürstlichkeiten waren eine ganze Anzahl hoher Persönlichkeiten, Kammerherren, Offiziere und eine zahlreiche Dienerschaft nach Wiesbaden gekommen. Manches „Hoflieferantenpräbital“ Wiesbadener Geschäfte datiert aus jener Zeit.

Ein damals aktuelles, heute noch ungelöstes Problem.

Vor 50 Jahren war man ernstlich daran, die enge Spiegelgasse zu beseitigen, und dem heutigen Kranzplatz ein anderes Gesicht zu geben. Die Anregung hierzu ging von den Besitzern der Badhäuser „Zum Engel“, „Schwarzer Rod“, „Goldenes Kreuz“, „Pariser Hof“, „Zum Spiegel“ und „Rote“, aus, die den Vorschlag machten, die Stadt solle das Gelände des damals niedergelegten „Englischen Hofes“ übernehmen. Man wies darauf hin, daß es für die Stadt von nicht zu unterschätzendem Nutzen wäre, wenn statt der engen Spiegelgasse ein luftiger Platz geschaffen würde, der derart angelegt werden könnte, daß in der Mitte desselben ein Inhalatorium in Form eines Tempels hervorrage. Um den Anlauf eher zu ermöglichen, hatten sich die 6 Badehausbesitzer zur Leistung eines Betrages von 160 000 Mark bereit erklärt; die Stadt wäre durch den Erwerb ebenfalls mit 160 000 Mark belastet worden. Das Projekt scheiterte aber

fordert als notwendige Maßnahme auch eine Senkung zu Gunsten der häufig-Sprecher. Für mehr als 100 Gespräche im Monat sollte eine gekaufte Ermäßigung Platz greifen. Eine Verbilligung der Fernspreckgebühren, insbesondere für die Wohnung bis zu 100 Kilometer entspricht wiederholt geäußerten Wünschen der Kaufmannschaft, wie überhaupt aller Wirtschaft- und Interessentkreise. Eine entsprechende Verbilligung der Fernspreckgebühren würde zweifellos eine erhebliche Belebung des Fernspreckverkehrs mit sich bringen, wie sich dies noch überall bei Senkungen von Verkehrstarifen erwiesen hat. Sie würde vor allen Dingen auch dazu führen, daß die Errichtung von Fernspreckern sich vermehren würde. Hieron hätten nicht nur die Wirtschaft und das Publikum große Vorteile, sondern auch die Post selbst. Der Fernspreckverkehr wird für jeden Teilnehmer um so wertvoller, je weiter sich das Fernspreck ausbreitet. Voraussetzung dafür ist auch eine Senkung der Einrichtungs- und Unterhaltungskosten. Die unveränderte Aufrechterhaltung der gegenwärtigen öffentlichen Gebührenhöhe steht jedenfalls im Gegensatz zu der umfangreichen Preisentlastung, zu der der Einzelhandel im vergangenen Jahre veranlaßt wurde; für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft bildet sie jedenfalls ein nicht zu unterschätzendes Hindernis.

— Die Bedingungen der Urlaubersfahrkarte bleiben unverändert. Die Eingabe der Schuttschmiederei der Großbetriebe des Einzelhandels und verwandter Gruppen an die Deutsche Reichsbahn um eine Änderung der Bestimmungen der ermäßigten Urlaubersfahrkarte bezüglich einer Unterbrechung auf der Hinfahrt wird, wie wir aus guter Quelle aus Berlin erfahren, abschlägig beantwortet werden. Gerade mit dieser Bestimmung, daß Unterbrechungen auf der Hinfahrt nicht stattfinden dürfen, steht und fällt ja die Einrichtung, die eine Vergünstigung für die Erholungsbedürftigen darstellen soll, die aber nicht dazu benutzt werden darf, um Geschäfte abzuwickeln.

— Nassauisches Landestheater. Diejenigen Stammlarteninhaber, die ihre bisherigen Plätze auch für das neue Spieljahr zu den bedeutend herabgesetzten Preisen beibehalten möchten, müssen sich umgehend mit dem Stammlartenbüro, Wilhelmstraße 3/5 (geöffnet von 9–14 und 16–19 Uhr) in Verbindung setzen, da ein neuer Abonnementsvertrag abgeschlossen werden muß und die alten Plätze nicht mehr lange zurückgehalten werden können.

— Unglücklicher Ausgang eines Unfalles. Der in den 30er Jahren stehende Landwirt W. aus Dohheim, der vor etwa 1½ Monaten in der Nähe des Kaufmannserholungsheimes rücklings von einem mit Heu beladenen Fuhrwerk gefallen war, ist jetzt an den erlittenen Verletzungen im Krankenhaus gestorben.

— Das Argentinische Konsulat in Wiesbaden bleibt von heute ab bis Anfang September geschlossen; während dieser Zeit übernimmt das Argentinische Konsulat in Frankfurt a. M., Guillolettstraße 10, die Vertretung.

— Im Omnibus gefunden. Im Monat Juli 1932 wurden im Fundbüro der Städtischen Verkehrsbetriebe abgeliefert: 31 Schirme, 7 Stöße, 42 Paar Handschuhe, 3 Herrenhüte, 1 schwarzer Damensilbuh, 2 Herrenmützen, 1 blaues Sportjäckchen, 1 Strickweste, 1 schwarzer Pelz, 2 Schals, 1 Lederanzug, 2 Aktentische, diverse Einkaufstasche, 2 Damenhandtaschen mit Geld, 1 Basthandtasche mit 2 Schlüsseln, 1 Kinderhandtasche, 7 Portemonnaies mit Geld, 1 Brosche, 1 silberne Bleistift, 1 Füllfederhalter, 1 Eßbesteck, 3 Kneifer, 3 Brillen, 1 Buch, 2 Lotterielose, 1 Päckchen (Kleider), 1 Paket mit Kinderschuhen, 1 Karton mit Tennisbällen, 1 Paar Turnschuhe, 1 Gummischwamm, 1 Flaschen Zitronensaft.

— Hohes Alter. Der frühere Gastwirt, Herr Max Eller, Dohheimer Straße 40, feiert am 7. August seinen 75. Geburtstag. Er gehört zu den ältesten Gastwirten Wiesbadens und ist Besitzer des Wiesbadener Tagblatts seit 1888.

— Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntagvormittag 10 Uhr findet im Stadtverordnetenversammlungssaal des Rathauses eine Morgenfeier statt. Prediger Dr. Fied (Mainz) spricht über das Thema: „Die Natur und die menschlichen Ideale.“

Wiesbaden vor 50 Jahren.

Aus der Chronik des Wiesbadener Tagblatts.

daran, daß die Eigentümerin des Geländes 500 000 Mark verlangte. Die damalige Stadterwerbsstelle stellte sich allerdings auch auf den Standpunkt, daß nur solche Anlagen mit öffentlichen Mitteln erstellt werden würden, was jedoch in dem der Allgemeinheit zugute kommen würde, was jedoch in dem vorliegenden Projekt nicht der Fall sei. Sie hielt diesen Standpunkt aufrecht, trotzdem die Wiesbadener Ärzteschaft die Errichtung eines Inhalatoriums als für den Kurgebrauch dringend erforderlich empfahl. Es ist bedauerlich, daß die damaligen Stadtväter sich dem Drängen der Ärzteschaft verschlossen.

Jubiläum des „Eisernen Vorhanges“.

Der furchtbare Ringtheaterbrand in Wien hatte im deutschen Theaterwesen eine erhöhte Sicherheit gegen die Feuergefahr herbeigeführt. Damals wurde auch im alten Wiesbadener Theater ein eiserner Vorhang eingebaut, der den Zuschauerraum von der Bühne trennte. Der Vorhang hatte ein Gewicht von 60 Zentner und wurde von einem besonders ausgebildeten Maschinisten bedient. Auch die Notausgangsfrage wurde zur Sicherung bei Brandgefahr einer neuen Lösung entgegengeführt.

Schlechter Klassikerbesuch auch damals.

Der Berichterstatter des Wiesbadener Tagblatts hatte auch wie heute von 50 Jahren schon allen Grund, über das Publikum unzufrieden zu sein. Zur Erinnerung an Goethe wurde „Egmont“ neu aufgeführt, eine dankenswerte Tat, welche leider an dem künstlerischen Erfolg sich genügen lassen mußte, — das Publikum hatte derjenigen nur ein verhältnismäßig kleines Interesse entgegengebracht. Es ist zu bedauern, daß gerade die gebildeten Kreise, welche doch so gerne über Verflachung des Geschehens in Bühnenliterarischen Dingen klagen, und die Schuld an jener am liebsten den Theaterleitungen in die Schuhe schieben, stets dann in edlen Weltstreit des Richterscheitens zu glänzen sich bemühen, wenn es gilt, den Namen großer Geister einer Stunde pietätvollen Erinnerens zu weihen. Gelte es eine Moser-Feier, einen Schöndorff-Hannus anzustimmen, ohne Zweifel würden dann die Logen- und Parkettreihen, die heute dem Bühnenkünstler in entnervender Leere entgegenstehen, eine seltene Fülle zeigen: Moser ist eben der Held des Tages — Goethe ein überwundener Standpunkt. Armer Goethe! Heute nach 50 Jahren kann jedes dieser Worte leider, leider auf unser Publikum übertragen werden. Es hat sich, wie so vieles, auch in dieser Beziehung nichts geändert.

Vorberichte über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

* Kurhaus. Das Abendkonzert am Sonntag bringt unter Leitung von Kurkapellmeister Herbert Albert im Programm Werke „Aus klassischen Operetten“. Der nächste Tanz- und Musikabend am Montag. Montag, 20. Uhr: Militärkonzert, Leitung: Kapellmeister Haberland. Die nächste Rheinfahrt der Kurverwaltung nach Rudesheim-Ägmannshausen ist für Dienstag vorgesehen. Der Gesellschaftspaziergang am Dienstag führt zum Waldbäuschen. Treffpunkt 14.30 Uhr am Haupteingang des Kurhauses. — Am Dienstag findet 20 Uhr im Abonnement ein Sinfonie-Konzert des Kurorchesters statt. Leitung Kurkapellmeister Herbert Albert. Solistin Emma Lübbecke-3ob (Klavier). Das Programm ist folgendes: Mendelssohn: Suite für Blas- und Schlaginstrumente, Werk 62; Mozart: Klavierkonzert D-moll; Dvorak: „Aus der neuen Welt“. — Für Mittwoch ist ab 14.30 Uhr eine Gesellschaftsfahrt durch berühmte Kunst- und Kulturstätten Nassaus vorgesehen: Kiedrich, Elville, Eberbach, Schloß Vollrads, Rudaufahrt über Wintel, Erbach. Mittwoch findet 20 Uhr unter Leitung von Kurkapellmeister Albert ein „Wunderkonzert“ statt. — Für Donnerstag (Verfassungstag) ist um 11 Uhr eine Verfassungsfestier angelegt. Die Fekrede hält Dr. Wolfram Walldschmidt; das Kied. Kurorchester spielt unter Leitung von Kurkapellmeister Albert: „Eine Faust-Ouvertüre“ von F. Wagner; „Tasso Lamento e trionfo, sinfonische Dichtung“ Fr. Liszt. Eintritt nur gegen Karten. 16 Uhr Konzert „Volksmühsche Reisen“, Leitung Kurkapellmeister Albert; 20 Uhr: Großes Volksfeuerwerk, Leuchtfantäne, Scheinwerfer, Bengalische Feuerleuchtung. Konzert des Kurorchesters.



30 Jahre steht jetzt die Kirche Wang im Riesengebirge.

Das schlichte Holzkirchlein Wang, das auf dem Wege von Krummhübel zur Schneeluppe steht, kann jetzt auf ein 90jähriges Bestehen zurückblicken. Die Kirche stand ursprünglich am Wangensee in Norwegen, wo sie bereits 600 Jahre den Zeiten getrocknet hatte. 1842 kaufte sie dann König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und ließ sie im Riesengebirge in ihrer alten Form wieder aufbauen. Viele kommen jetzt von weit her und lassen sich in der kleinen Kapelle trauen.

Die modernste Nur-Auto-Straße Europas.

Die Teilstrecke Köln-Bonn der geplanten Chaussee Dortmund-Frankfurt wird eröffnet. — Eine ideale Straße: völlig kreuzungsfrei.

Am 6. August wird das Teilstück Köln-Bonn der geplanten großen Überlandstraße vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet nach Frankfurt a. M. dem Verkehr übergeben. Damit erhält die am stärksten befahrene Chaussee Deutschlands endlich eine Form, die den gewaltigen Anforderungen des Verkehrs entspricht.

Unter den heutigen Verhältnissen verdient der Umstand an erster Stelle erwähnt zu werden, daß die Straßenbauarbeiten zwischen Bonn und Köln fast ausschließlich als Notstandsarbeiten durchgeführt worden sind. Hierdurch haben eine größere Zahl von Arbeitslosen Arbeit und Verdienst finden können. Nachdem bereits im Frühjahr 1929 mit dem Bau der Nur-Auto-Straße begonnen wurde, war es möglich, die Arbeiten ohne jede Unterbrechung bis zu Ende durchzuführen, obwohl die Krisenereignisse mehr als einmal das ganze Werk in Frage stellten.

Größte Geschwindigkeiten möglich.

In verkehrstechnischer Beziehung stellt die neue Straße eine Glanzleistung deutscher Ingenieure dar. Sie braucht nicht einmal die berühmten Nur-Auto-Straßen beim Vergleich zu scheuen, die Mailand mit den oberitalienischen Seen verbinden. Wenn erst einmal die ganze geplante Straße von Dortmund bis Frankfurt fertiggestellt sein wird, was freilich noch längere Zeit dauern dürfte, dann kann sich Deutschland des Besitzes einer Überlandstraße rühmen, wie sie in ganz Europa, vielleicht sogar in der ganzen Welt, nicht ihresgleichen hat.

Die Anlage der Köln-Bonner Chaussee ist so gehalten, daß bis zu einer Fahrgeschwindigkeit von 120 Kilometern die Verkehrssicherheit vollständig gewährleistet erscheint. Die 20 Kilometer lange Straße hat durchweg eine Breite von 16 Metern, so daß für jede Fahrtrichtung eine Breite von 8 Metern zur Verfügung steht. Ein Hauptvorteil der Straße ist, daß sie von jeder Kreuzung freigehalten wurde. Abgesehen von Köln und Bonn gibt es nur noch in der Mitte, bei Besseling, eine Zufahrt, die aber so übersichtlich angelegt ist, daß eine Herabminderung der Geschwindigkeit nicht notwendig wird.

Die wenigen vorhandenen Kurven weisen nur eine minimale Krümmung auf, auch in den Kurven kann daher ein 120-Kilometer-Tempo ohne Gefahr eingehalten werden. Die stärkste Steigung beträgt 2 Prozent; das ist freilich ein Ausnahmefall. Im allgemeinen ist die Straße fast eben.

36. Preussischer Hausbesitzertag.

Unter Beteiligung von über 1000 Delegierten trat in Altona im „Kaiserhof“ der 36. ordentliche Verbandstag des Preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine zum 36. Preussischen Hausbesitzertag zusammen. Namens des Altonaer Vereins begrüßte dessen erster Vorsitzender, Rechtsanwalt Althendy, die Vertreter des rund 300 000 preussische Hausbesitzer umfassenden Verbandes, worauf nach einer ergebnislosen Wahlhandlung für den Posten des ersten Vorsitzenden zunächst der stellvertretende Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Menz (Berlin), die Leitung der Tagung übernahm. Zu seinem Stellvertreter wurde der frühere Landtagsabgeordnete Howe (Kiel) bestimmt. In den Landesausschüssen wurden neu gewählt: Rechtsanwalt Dr. Wrensdorf (Altona), Justizrat Dr. Langemann (Strassund) und Angermann (Vollstedt). In den Landesverbandsvorstand wählte man Justizrat Dr. Diedmann (Hannover), Architekt Hörmann (Köln) und Bankdirektor Weber (Königsberg). Drei Ausschüsse wurden bestimmt, die sich mit der Behandlung der Steuer- und Arbeitsbeschaffungsfrage, den Angelegenheiten des Neubaues, dem Hypothekendarlehen, dem Dienst und den Hypothekensmulatorien befassen sollen. — Dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die wirtschaftliche Lage des Verbandes unverändert gut ist. Es geht ohne Schulden in das neue Verbandsjahr.

Landtagsabgeordneter Menz gab dann einen Überblick über die nächsten Aufgaben des Verbandes. Er wiederholte mit aller Entschiedenheit die von dem Preussischen Landesverband seit Jahren erhobene programmatische Forderung:

Beseitigung jeglicher behördlichen Bevormundung in der Wohnungswirtschaft,
und ferner:
Endliche Wiederherstellung der wirtschaftlichen Freiheit des Hausbesitzes.

Der Verbandsvorstand, so besagt die hierzu vorliegende Entschliessung, ist einstimmig der Meinung, daß die restlose Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in kürzester Frist erfolgen kann und im Interesse einer allgemeinen wirtschaftlichen Gesundung, damit das Gebot wirtschaftlicher Vernunft ununterbrochen erfolgen muß.

Die im Notverordnungswege durch das Reich erfolgte Forderung der zwangsrechtlichen Bestimmungen lehnt der Verbandstag als völlig unzulässige Abbaumaßnahme ab.

Mit aller Schärfe wendet sich der Verbandstag insbesondere gegen die festgelegten Termine der — zudem bedingten — Aufhebung des Mietrechts- und Reichsmietengesetzes. Der Zusammenbruch der bisherigen amtlichen preussischen Wohnungspolitik sei nunmehr offensichtlich. Die in den vergangenen Jahren getroffenen unzulänglichen gezielten Maßnahmen für die Pflege und Erhaltung des Altmietes, die jahrelange Mißbrauch des Altmietes als Lastenträger für Reich, Staat und Gemeinde, die systematische Vernachlässigung des Altmietes, die gegenüber der übertriebenen Förderung einer sogenannten gemeinnützigen Neubautätigkeit, diese unter dem starken Einfluß eigentumsfeindlicher Kräfte verfolgte preussische Wohnungspolitik der Nachkriegszeit sind Ursache und Schuld an der heutigen verzweiften Notlage des Altmietes, der Zerrüttung des Mietrechts und damit des wirtschaftlichen Durcheinanders auf dem Wohnungsmarkt überhaupt.

Hier könne bei freier Wirtschaft nur der Gesetzgeber durch eine allgemeine erhebliche Senkung der steuerlichen Belastung des Altmietes helfen.

Der Verbandstag fordert mit aller Bestimmtheit, daß mit diesem System der Steuererleichterung ausschließlich aus logischen Billigkeitsgründen im Einzelfall Schluß gemacht wird. Statt dessen sei unzulässig von Gesetzes wegen eine allgemeine erhebliche Senkung der steuerlichen Belastung des Altmietes vorzunehmen, insbesondere durch Aufhebung der Hauszinssteuer und des staatlichen Grundvermögenssteuerzuschlages, sowie durch Senkung der kommunalen Grundvermögenssteuerzuschläge und der kommunalen Grundvermögenssteuerabgaben.

Dreißig Kreuzungsbauwerke.

Die zu bewältigenden Erdbauarbeiten waren recht erheblich. Fast auf der ganzen Strecke liegt die Straße etwa 1 bis 1½ Meter über dem Niveau des benachbarten Geländes. Andererseits waren zwei tiefe Einschnitte notwendig, an zwei Stellen in Bonn und Besseling, wo eine Überführung für die Köln-Bonner Rheinuferbahn und für die gewöhnliche Chaussee errichtet werden mußte. Alles in allem mußten 30 Kreuzungsbauwerke gebaut werden, um die verschiedenen Straßen und Wege über oder unter der Nur-Auto-Straße hinwegzuführen.

Einstweilen ist die Straße mit einer Decke aus Teer-Aschotter versehen worden. Es handelt sich hierbei jedoch nur um ein Provisorium für die Zeit, bis sich die Straße ausreichend gefestigt haben wird. Dann wird der Teer-Aschotter durch eine vorbildliche Kleinsplasterdecke ersetzt werden.

Ein besonderes Problem stellt die Frage der Beleuchtung der Straße dar, die bisher noch keine endgültige Lösung gefunden hat. Es liegen für die Frage der Beleuchtung einer Automobilstraße noch keinerlei Erfahrungen vor, und so hat man sich entschlossen, vorerst einmal eine Reihe von Versuchen anzustellen, ehe man sich für eine bestimmte Beleuchtungsart entscheidet.

Kein Spielzeug, sondern ein dringendes Verkehrsbedürfnis.

In einer Zeit, die von Reich, Ländern und Gemeinden die allergrößte Sparsamkeit erfordert, ist es nicht unnützlich, auch darauf einzugehen, warum die Nur-Auto-Straße überhaupt gebaut werden mußte. Es handelt sich hier nämlich keineswegs um eine Spielerei ehrgeiziger Architekten, die man zugunsten wichtigerer Aufgaben auch ohne Schaden hätte zurückstellen können. Im Gegenteil stellt der gesamte Plan der Überlandchaussee im Industriegebiet-Frankfurt eine dringende Notwendigkeit dar. Und es ist auch kein Zufall, daß das Teilstück Köln-Bonn als erstes fertiggestellt wurde.

Die alte Provinzial-Landstraße Köln-Bonn war seit Jahren diejenige deutsche Chaussee, die weitaus am stärksten befahren wurde. Wurde doch häufig ein Retorderverkehr von tausend Fahrzeugen in der Stunde festgestellt, dem diese Straße auf die Dauer keinesfalls gewachsen sein konnte. Durch eine sorgfältige Berechnung ergab sich, daß ein völliger Umbau der Straße nicht weniger Kosten würde, als der Neubau einer Überlandstraße, die ausschließlich für den Schnellverkehr bestimmt sein würde. So wurde denn der Bau der Nur-Auto-Straße beschlossen.

Die Lage des Haus- und Grundbesitzes hat sich im Laufe der letzten Monate weit über den Durchschnitt des allgemeinen Wirtschaftsniederganges verschlechtert. Schuld daran trägt nicht zuletzt die Notverordnungsgebung der letzten Zeit. Für den Hausbesitz sei die Frage der Instandhaltung und Modernisierung des Altmietes eine Lebensfrage. Für die Volksgemeinschaft sei sie eine Frage von höchster sozialer, hygienischer und kultureller Bedeutung: Nur ein heftigster, weitestgehender Entlastungs-, von Zwangsgelegenheiten befreiter, in seiner Weise behördlich bevormundeter Hausbesitz würde in der Lage sein, diese Frage so zu lösen.

Die Versammlung nahm dann Referate des Syndikus Dr. Hesseberg (Köln) über Einheitsbewertung und Steuerereinfachung, des Geschäftsführers Dr. Dümpe (Essen) über Mängel der Ertragswertvermittlung bei der Einheitsbewertung 1931 und des Brandenburgischen Verbandsvorsitzenden Hermann (Botsdam) über die Lage der Hausbesitzer in der Grenzmark entgegen.

Landtagsabgeordneter Menz legte hierauf folgendes

Sofortprogramm des preussischen Hausbesitzes vor, das unter stürmischen Beifall einstimmige Annahme fand. Es besagt:

„Die Wohnungs- und Bauwirtschaft hat in der Vorkriegszeit ohne behördliche Bevormundung und ohne Zwangsgelegenheiten in freier Wirtschaft reiflos jeder Nachfrage nach Wohnraum ein genügendes Angebot an Wohnraum entgegengebracht. Die Wohnungswirtschaft der Nachkriegszeit hat die Bau- und Wohnungswirtschaft an der Erfüllung ihrer volkswirtschaftlich eminenten wichtigen Aufgabe gehindert. Zusammen mit einer völlig verfehlten Neubaupolitik hat diese Zwangswirtschaft staatssozialistische Grundzüge zu vermittelnden versucht und dem Staate weitestgehende Eingriffe in das Privateigentum an Grund und Boden ermöglicht. Mit diesem nachrevolutionären wohnungspolitischen System muß sofort Schluß gemacht werden. Der Staat, der sich unbefugter Weise in unser Eigentum eingemischt hat, muß aus unserem Eigentum wieder hinausgedrängt werden. Das Privateigentum, insbesondere das Privateigentum an Grund und Boden, muß vorbehaltlos vom Staate respektiert werden. Die Reichsregierung von Papen hat in dieser Hinsicht bereits programmatische Versprechungen abgegeben. Die Reichsregierung muß jetzt sofort auch dieses ihr Bekenntnis zum Privateigentum und Privatwirtschaft auch in Preußen in die Tat umsetzen. Privateigentum und Privatwirtschaft müssen wieder die unverrückbaren Grundlagen unserer Staats- und Wirtschaftsordnung werden.“

Eines der Kardinalprobleme der augenblicklichen deutschen Staats- und Wirtschaftspolitik ist das Problem der Arbeitsbeschaffung, bezw. das Problem fehlender Arbeitsbeschaffung, bezw. das Problem fehlender Arbeitsbeschaffung. In erster Linie muß Arbeit beschaffen werden in den Altmietes durch umfangreiche Renovierungs-, Modernisierungs- und Wohnungsbauarbeiten. Die Steuererleichterung der Nachkriegszeit hat insbesondere mit der Hauszinssteuer den Hauseigentümern den gesamten Ertrag aus den Häusern weggenommen. So wurde die Rentabilität des in den Altmietes angelegten Nationalvermögens von vielen Milliarden Reichsmark vernichtet. So fordern wir zunächst Umgestaltung der ungerechten, unsozialen und die Rentabilität der Häuser vernichtenden Hauszinssteuer dahingehend, daß die Hauszinssteuer sofort mit der Hälfte des jetzigen Aufkommens verwendet wird für umfangreiche Instandsetzungs-, Renovierungs- und Teilarbeiten, daß die restliche Hälfte des Hauszinssteueraufkommens in zwei gleichen Raten im Staatsjahr 1933 und 1934 zu Gunsten des Hausbesitzes abgebaut und so eine wirtschaftlich vernünftige gemächte Mietpreisbildung im Interesse der Vermieter wie der Mieter ermöglicht wird. Für Preußen muß analog diesem Abbauvorschlag bei der Hauszinssteuer die Aufhebung des Staatszuschlages zur Grundvermögenssteuer folgen.

Des weiteren müssen die kommunalen Zuschläge zur staatlichen Grundvermögenssteuer wieder auf einen Zuschlag von nur höchstens 100 v. H. gemindert werden. Ähnliche Steuererleichterungsmassnahmen sind bei der Gewerbesteuer durchzuführen. Grundlegende Hilfsmassnahmen müssen auch für den privaten Neubaubau getroffen werden. Zur

Kapitalbeschaffung empfehlen wir den Regierungsstellen die Prüfung der Frage einer Mobilisierung der Hauszinssteuerhypotheken. Zusammengefaßt fordert der Haus- und Grundbesitz fühlbare Entlastung auf steuerlichem Gebiete, denn Übersteuerung bedeutet Kapitalzerstörung, und Kapitalzerstörung bedeutet Arbeitslosigkeit.“

Mit Rücksicht auf die Nichtbestätigung des bisherigen Verbandsvorstandes wurde dann die Vertagung des Verbandstages auf einige Wochen beschlossen, um die Neuwahl durch den Landesausschuß tätigen und dem Verbandstag die erforderliche Bestätigung zu ermöglichen.

Der Herr „Graf“ ist ein Betrüger.

— Frankfurt a. M., 5. Aug. Der ehemalige Fürstzögling Weber stellte an das Leben höhere Ansprüche, war aber in der Auswahl seiner Eltern nicht vorsichtig genug gewesen. Er legte sich deshalb den Titel eines Grafen Hohenberg zu und ging dann auf Betrügereien aus. Namentlich suchte er unter der holden Weiblichkeit seine Opfer, auf die der stolze Grafentitel ein besonderes Anziehungskraft ausübte. Einer Frau lockte er Dollars im Werte von 300 Mark und außerdem 800 Mark in deutschem Gelde ab, einer anderen 400 Mark usw. Aber auch das starke Geschlecht ging auf den Reim des Pseudografen. So war ein Mann dumm genug, dem Betrüger 180 M. zur angeblichen Gründung einer Zeitschrift anzuertrauen, die aber nie das Licht der Welt erblickte. Die Polizei hat den sauberen Burschen jetzt festgenommen, der sich demnächst vor dem Richter zu verantworten hat.

Der Sprendlinger Bahnübergang wird gesichert.

— Sprendlingen, 5. Aug. Die Reichsbahndirektion Mainz hat sich jetzt endlich entschlossen, zusammen mit der Provinz Starfburg den Bahnübergang an der Kreuzung der Landstraße Frankfurt-Darmstadt mit der Nebenbahnlinie Frankfurt-Sprendlingen-Oberroden durch eine Blinklichtanlage zu sichern. Es gibt kaum eine zweite Kreuzung in unserer näheren Umgebung, bei dem diese Sicherung so notwendig war, wie bei diesem Bahnübergang. Wie viele Unglücksfälle mußten sich ereignen, bis man sich zu diesem Schritt entschloß. Durch Zusammenstoß zwischen Autos, Motorrädern und Fuhrwerken mit den vorbeifahrenden Zügen sind schon manche Menschenleben verloren gegangen und die Zahl der Verwundeten ist sehr groß. Ohne jede Schranke und ohne jede sonstige Sicherheit war der Übergang eine ständige Gefahr für den auf dieser Straße ziemlich starken Verkehr.

Neues aus aller Welt.

Polizeibeamter überfallen und lebensgefährlich verwundet.

Auch zwei der Täter durch Schüsse verletzt.

In Seuthen wurde Freitagfrüh, gegen 2 Uhr, ein Polizeioberwachmeister im Stadtteil Koberg von sechs lärmenden Burschen, die er zur Ruhe mahnte, überfallen und zu Boden geschlagen. Die Angreifer entriß ihm das Seitengewehr und die Pistole, brachten ihm mehrere Stichverletzungen bei und schlugen ihn über den Kopf, so daß er zeitweilig die Bewußtsein verlor. Dann flüchteten sie. Der schwer verletzte Beamte richtete sich auf, lief hinter ihnen her und gab mit seiner Polizeipfeife Signale ab. Einer der Verfolgten wandte sich nochmals um und verletzte dem Beamten einen weiteren Schlag auf den Kopf. Der überfallene mußte nun in einem Hausflur Zuflucht suchen, wo er von einem Hausbewohner hilflos aufgefunden wurde. Während der Flucht fielen mehrere Schüsse, durch die zwei der Täter Verletzungen an der Hand, am Oberarm und am Unterarm erlitten. Der Beamte und die verletzten Täter wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Polizist hatte einen Schädelbruch sowie erhebliche Schnitt- und Stichwunden davongetragen, so daß Lebensgefahr besteht. Die übrigen vier Burschen konnten gleichfalls festgenommen werden. Sie sind der Polizei als gemeingefährlich bekannt. Wie verlautet, hat die Tat keine politischen Beweggründe.

Grubenbrand auf der Zeche Prinzregent. Kurz nach der Ankunft der Morgensicht am Freitag wurde in einem über der fünften Sohle im einzigen Förderschacht gelegenen Ort der Schachtanlage Prinzregent in Bochum ein Brand festgestellt, der aber bald gelöscht werden konnte. Menschenleben und nicht gefährdet. Der Betrieb wurde in der Mittagszeit wieder aufgenommen.

Ein internationaler Diebstahl in Berlin festgestellt. In Verfolg eines alten Ermittlungsverfahrens konnte heute durch Beamte der Zollfahndungsstelle ein internationaler Diebstahl in einem Berliner Bankhaus in dem Augenblick festgestellt werden, als er dort den Erlös für aus dem Ausland kommende Effekten in Empfang nehmen wollte. Es handelt sich um Werte im Betrag von rund 70 000 Mark. Das Bankhaus hat mit dieser Affäre jedoch nicht das geringste zu tun und ist von dem Diebstahl über die Herkunft der Effekten offenbar getäuscht worden. Die Ermittlungen dürften noch einige Tage andauern.

Schwierige Landung eines Passagierflugzeugs. Zu einer überaus schwierigen und gefährlichen Landung auf dem Tempelhofer Flugplatz in Berlin mußte sich der Pilot des fahrplanmäßigen Genfer Passagierflugzeugs entschließen: Die Maschine, die der Schweizer Luftverkehrs-Gesellschaft gehört, hatte nach der letzten Zwischenlandung in Leipzig kurz nach dem Start das rechte Rad verloren. Der Pilot Adernann gab der Berliner Flughafenleitung funktentelegraphisch von dem Verlust Kenntnis. Beim Niedergehen auf dem Flugplatz gelang es dem Flieger, das Flugzeug, trotzdem es außer dem Funken mit beiden Flügeln besetzt war, so weich aufzusetzen, daß die Landung auf dem linken Rad glatt vor sich ging.

Kampf mit Sträflingen in Eberswalde. Im Gefängnis Eberswalde wurde ein Nachtwächter von ausgebrochenen Sträflingen überfallen und schwer verletzt. Drei in einer Zelle untergebrachten Sträflingen war es gelungen, die Zellentür aufzubrechen. Der eine der Sträflinge hatte sich in das Dienstzimmer des Nachtwächters geschlichen und schlug mit einer Kaffeekanne auf den Wächter ein. Dieser packte den Angreifer an der Kehle; es entwickelte sich ein Kampf auf Leben und Tod. Schließlich konnte der Wächter die Alarml Klingel in Tätigkeit setzen, so daß andere Beamte ihm zu Hilfe eilten. Der Wächter war inzwischen bewußtlos zusammengebrochen und mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden. Die Sträflinge wurden überwältigt.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Kapital- oder Zinsfußherabsetzungen? — Italien in der Krise. — Industrie gegen Staats- und Konzern-Wirtschaft. — Noch keine Klärung des „Gelsenkirchen-Geschäftes“. — Ein Groß-Außenleiter.

Die Kurse der festverzinslichen Papiere stagnieren auf einem im Hinblick auf ihre Rentabilität ganz auffallend niedrigen Niveau. Die Gründe dieser Entwicklung sind verschiedener Natur. Hauptächlich trägt aber die geringe Geschäftstätigkeit in diesen Werten Schuld daran, die wieder eine Folge der schlechten Erfahrungen ist, die in den letzten Jahren mancher Effektenbesitzer machen mußte, der gezwungen war, Geld flüssig zu machen und Papiere, die in normalen Zeiten kaum Kurschwankungen hatten, jetzt mit Verlust veräußern zu müssen. Wer, wie die Mehrzahl der Rentendefizitäre, die ihre festverzinslichen Papiere zu fester Anlage kauften, nichts zu realisieren braucht und abwarten kann, wird allerdings von den heutigen niedrigen Kursen nicht gekümmert. Aber die Tatsache der stark gesunkenen Kurse genügt, um eine allgemeine Zurückhaltung zu veranlassen, obwohl eigentlich ganz umgekehrt das ermäßigte Kursniveau zu günstigen Anlageläufen reizen müßte. Zwei Fragen sind es nun, die im Zusammenhang mit der Kursgestaltung immer wieder gestellt werden. Sind Kapitalherabsetzungen zu befürchten oder kommen nur Zinsfußermäßigungen in Frage? Die erste Frage kann ganz entschieden verneint werden. Gewiß, durch einen Abbruch von Schuldverpflichtungen aller Art könnte den Schuldnerkreisen eine Entlastung werden. Aber die dadurch erzielten Vorteile gingen doppelt und dreifach verloren durch die Auswirkungen der den Gläubigern zugefügten Schäden. Es käme zu einem Vertrauenszusammenbruch größten Umfanges mit allen seinen schlimmen Folgen. Keine Regierung wird dafür die Verantwortung übernehmen wollen oder können.

Es ist deshalb auf keinen Fall auch nur irgendein leiser Gedanke an eine Kapitalabwertung oder Kennwertherabsetzung zu befürchten.

In den praktischen Vorschlägen, die zur Erleichterung der Schuldnerlage gemacht wurden, wird auch bezeichnenderweise nirgends ein Eingriff in die Schuldverpflichtungen gefordert. Vielmehr gehen die Bestrebungen nur auf eine Herabsetzung der Zinsen.

Und zwar wird in besonderem Maße die Notwendigkeit verfolgt werden, daß die an das Ausland zu zahlenden Zinsen auf ein erheblich niedriger liegendes Niveau ermäßigt werden.

Von den auf etwa 5 Milliarden RM anzunehmenden Zinsen, die im Laufe des Jahres 1932 von der gesamten deutschen Wirtschaft aufzubringen sind, entfallen fast 1 1/2 Milliarden RM auf Zinsen, die an das Ausland zu entrichten sind. Es handelt sich dabei um Zinslasten, die nicht nur für ausländische Verhältnisse hoch sind, sondern auch über den deutschen Zinsen für langfristige Forderungen liegen, die bekanntlich ab 1. Januar 1932 durch die vierte Notenordnung herabgesetzt worden sind — unter Ausnahme der Zinsen für ausländische Verpflichtungen. — Wenn man berücksichtigt, wie schwer es Deutschland fällt, die für die Zahlungen an das Ausland notwendigen Devisen aufzubringen, dann muß man zu der Forderung kommen, daß wenigstens die Zinslasten soweit herabgesetzt werden, daß sie nicht nur den im Ausland üblichen, sondern auch den deutschen Gläubigern vergüteten Zinsen entsprechen. Ob und in welchem Umfang auch die innerdeutschen Zinsverpflichtungen nochmals ermäßigt werden, darüber wird die Reichsregierung nach den künftigen Andeutungen des Reichsanwalters wohl demnächst ihre Absichten bekanntgeben, damit auch darüber Klarheit wird.

Jede Regierungsart hat ihre Licht- und Schattenseiten. In den letzten Wochen konnte man aber den Eindruck erhalten, als ob nur die Demokratie und der Parlamentarismus, von allen möglichen anderen Fehlern ganz abgesehen, die Schuld an der Weltkrise und insbesondere der deutschen Krise hätten. Wenn es sich dabei auch nur um Wahlkampfplakate handelte, die ein überlegender Mensch nicht ernst nimmt, so schadet es doch nicht, wenn man einmal die wirtschaftliche Entwicklung in einem Lande betrachtet, daß nicht in dem schlimmsten Ruhe steht, eine demokratische Verfassung und Regierung zu haben. In der letzten Wochenschau war ja schon dargelegt worden, wie katastrophal die Wirtschaftslage sich selbst in den begünstigten Kapitalfluchtländern, der Schweiz und Holland, entwickelt hat. Aber diese sind beide, ebenfalls wie Deutschland, parlamentarisch regierte Länder und werden daher vielleicht nicht einen jeden davon überzeugen, daß eine Wirtschaftskrise nicht vor der Staatsform halt macht. Aber sehen wir uns die Verhältnisse in Italien an. Eine diktatorische Regierung hat unzweifelhaft vor dem Parlamentarismus den Vorzug, daß in Notzeiten nicht erst lange Verhandlungen notwendig sind, daß keine Kompromisse abgeschlossen werden brauchen, sondern daß schnell gehandelt werden kann, wo eilige und durchgreifende Maßnahmen zweckmäßig und notwendig sind. Unleugbar zeigt Italien aus diesem Grunde eine gewisse Widerstandskraft.

Dies konnte aber nicht verhindern, daß in Italien die Zahl der Arbeitslosen von 573 000 am 30. Juni 1931 um 60 Proz. auf 905 000 am 30. Juni 1932 gestiegen ist. Dabei sind die Wirkungen der Kurzarbeit noch gar nicht berücksichtigt. Die industrielle Produktion, das Verkehrswesen, der Handel zeigen durchweg fallende Tendenz. Im Außenhandel ist der 1931 vorübergehend erzielte Ausfuhrüberschuß wieder in einen Einfuhrüberschuß umgeschlagen, der sich im ersten Halbjahr 1932 bereits wieder auf über 1,2 Milliarden Lire beläuft. Im Monat Juni kam es in Italien zu 1153 großen Konkursen, wovon allein 24 Aktiengesellschaften betroffen wurden, und zu 685 kleinen Konkursen. Über 100 000 Wechselproteste in einem Monat runden das Bild ab, das aus die italienische Wirtschaft bietet.

Die Finanzverhältnisse des Staates sind, ganz dieser Wirtschaftsentwicklung entsprechend, außerordentlich kritisch. Dies kommt ohne weiteres in dem Defizit zum Ausdruck, daß in dem Steuerjahr vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 den Betrag von 2 1/2 Milliarden Lire erreicht.

Für die Anhänger von Autarkiebestrebungen wird es sehr interessant sein, daß man sich in Italien nach einer vorübergehenden Sympathie für Autarkiemassnahmen ganz entschieden davon abgewandt hat. Der neuernannte Finanzminister Jung ist ein ausgeprägter Gegner der Autarkie. Dies ist verständlich, denn als ehemaliger Apfelsinen-Exporteur hat er die Bedeutung eines Handelsaustausches zwischen den Völkern kennen gelernt und weiß, daß die Selbstbeschränkung der Autarkie mit dem Verzicht auf internationalen Gütertausch einen Rückschritt um viele Jahrhunderte bedeuten würde.

In Wuppertal (Barmen-Elberfeld) fand dieser Tage eine Rundgebung des Eisen- und Stahlwarenindustriebundes

statt, um gegen das fortschreitende Eindringen des Staates in die Wirtschaft, gegen die Vernachlässigung und Benachteiligung der Eisen- und Stahlwarenindustrie Stellung zu nehmen. Es wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Staat und Wirtschaft zusammengehören. Der Staat müsse den äußeren Rahmen schaffen, in dem sich die Wirtschaft entwickeln könne. Der Staat müsse seine Funktionen so beschränken, daß darunter der Initiative des einzelnen ein breiter Raum gelassen werde. Dem ehrlich vorwärts strebenden Wirtschaftler müsse die Bahn geöffnet werden, im In- und Ausland sich frei entwickeln zu können auf der Grundlage des wirtschaftlichen Wettbewerbes. Man müsse aber feststellen, daß die hohe Steuerlast und die Art ihrer Ausbringung, sowie die besonders in letzter Zeit übertriebenen Begünstigung der Landwirtschaft innerpolitische Maßnahmen sind, die wegen ihrer voraussetzenden Auswirkung als bewußte Handlung zum Schaden der kleinen und mittleren Industrien angesehen werden müßten. Der mittelbare Anlaß der Rundgebung sei der (fürsich hier bereits dargelegte) neue Fall des Eindringens der Schwerindustrie (an der das Reich interessiert ist) in ein bedeutungsvolles Gebiet der Fertigwarenindustrie. Der Bund wende sich nicht gegen den technischen Fortschritt.

Aber eine ausgelagerte Fertigwarenindustrie könnte heute nicht die Kapitalien aufbringen, um den technischen Fortschritt ihrerseits aufzunehmen, wie es natürlich und notwendig wäre. Daher nähmen diese Erfindungen ihren Weg zu den Stellen, die — obwohl ihnen die Geschäftsart der Erfindungen fremd ist, — doch infolge ihrer günstigen Kreditverhältnisse in der Lage seien, sie durchzuführen und auf den Markt zu bringen, zum Schaden der betreffenden Spezialindustrie.

Man will in Krefeld mit einem Mammotautomaten von geradezu märchenhafter Leistungsfähigkeit, einem Automaten schwedischer Herkunft, hochwertige Rasierklappen erzeugen. Dieser Plan läuft allen Begriffen von der Gleichheit im Wirtschaftsstampfe zuwider und würde Verhältnisse auf dem Solinger Rasierklappenmarkt schaffen, die einfach eine Vernichtung dieser Industrie bedeuten. Die Fertigwarenindustrie fordert daher, daß die Stahl- und Eisen erzeugende Schwerindustrie sich von diesem Gebiet der Verarbeitung zurückhält. Eine seit vielen Jahrhunderten bodenständige mit Land und Leuten verwachsene Industrie mit ihrer hochintelligenten Arbeiterkraft habe einen vollberechtigten moralischen Anspruch darauf, nicht von einem Mächtigeren unter völlig ungleichen Bedingungen einfach überschwenmt zu werden.

Zu dem aufsehenerregenden Geschäft der Reichsregierung, die dem Großindustriellen Bild ein Paket Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien zum mehrfachen des Börsenkurses abkaufte, wurden inzwischen weitere Erklärungen abgegeben, Schriftwechsel von Beteiligten veröffentlicht, aber Klarheit kann man daraus noch nicht gewinnen. Der Ausschuß, der von der neuen Reichsregierung zur Prüfung der Vorgänge eingesetzt wurde, hat sich der Öffentlichkeit gegenüber noch nicht erklärt. Der Vorsitzende des sogenannten Langsamvereins, Dr. Springorum, hat in einer Ausschüttung u. a. den Standpunkt der Industrie zu dem eigenartigen Geschäft des Reiches, bei dem die Steuerzahler die Leidtragenden sein werden, bekanntgegeben. Im industriellen Wesen habe die Gelsenkirchen-Transaktion große Be-

deutung. Das Eindringen der öffentlichen Hand in die Schlüsselindustrie müsse aufs schärfste verurteilt werden. Man müsse erwarten, daß sich das Reich aus seiner Mehrheitsstellung bei der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. schnell wieder zurückziehe. Die staatliche Wirtschaft des letzten Jahrzehnts sei Mißwirtschaft gewesen. Der Staat könne nicht gleichzeitig Wirtschaftsinteressen und Wähler allgemeiner nationaler Belange sein. Der Staatssozialismus habe sich totgelaufen. Dem Staatskapitalismus könne man kein besseres Schicksal voraussetzen. Das Wechselspiel zwischen Politik und Wirtschaft habe nicht nur zu einem Fiasco in der Politik, sondern ebenso zu einem Fiasco in der Wirtschaft geführt.

Es gehe nicht an, daß der Staat erst den Unternehmungen den Lebensatem nehme und sie dann — noch gewissermaßen mit dem Heiligenschein des Retters — an sich reiße. Es sei eine selbstverständliche Pflicht des Unternehmers selbst das Risiko zu tragen und für seinen Verlust geradezustehen, aber der Staat dürfe auch nicht darauf ausgehen, alle wirklichen oder vermeintlichen Gewinne an sich zu ziehen und im übrigen den Betrieben nur das Risiko zu lassen.

In diesen Ausführungen steckt manche ernste Wahrheit und man kann nur hoffen, daß in Zukunft ein Abbau der bisher verfolgten Wirtschaftspolitik erfolgt. Aber wie man das Gelsenkirchen-Geschäft rückgängig machen bzw. die Beteiligung des Reiches wieder in die Hände der Wirtschaft geben soll, das ist ein kaum zu lösendes Rätsel. Zu dem Kurs, den das Reich zahlte, dürfte sich bestimmt kein Interesse finden. Aber es wäre letzten Endes immer noch besser, wenn das Reich den Millionenverlust gleich abbuchen und sich aus der Schwerindustrie als Majoritätsbesitzer zurückziehen würde, als eine Beteiligung zu falschem Buchstabe zu behalten, die sich nur ungünstig auswirken kann und nicht in die Hände eines Staates gehört.

In den verschiedensten Industriezweigen, besonders soweit sie in großen Kartellen zusammengefaßt sind, gibt es jagen. Außenleiter, Firmen, die durch Unterbietung der Kartellpreise oder auf andere Weise sich eine Kundenliste erwerben, die sie unter Übergehung des Kartells beliefern, woraus beide Teile — Außenleiter wie Kunde — besondere Vorteile zu ziehen suchen. Diese Außenleiterfirmen sind in den allermeisten Fällen kleinen, höchstens einmal mittleren Umfanges, jedoch die eigentlichen Kartelle im großen und ganzen doch nur wenig in ihren Geschäftsmöglichkeiten berührt werden. Jetzt hat sich zum ersten Male eine kapitalstarke Großfirma als Außenleiter in Konkurrenz zu einem Kartell gestellt. Die Schallplattenindustrie ist bekanntlich kartellisiert. Die Preise konnten daher, trotz im Laufe der letzten Jahre erfolgten erheblichen Senkung, doch immer noch auf einer verhältnismäßigen Höhe gehalten werden. Kleine Außenleiterfirmen konnten sich nur schwer behaupten, da ihnen die Absatzorganisation nicht zugänglich ist.

Aber die Telefunken-Gesellschaft, die über eine eigene (Radio-)Absatzorganisation verfügt und nach dem Erwerb der Plattenbestände der in Konkurs gegangenen Ultraphon-Gesellschaft jetzt mit den Fabrikationsmethoden der Klangfilm-Gesellschaft selbst Schallplatten herstellt, die 30 Prozent weniger kosten sollen als die bisherigen Schallplatten, wird der Schallplattenindustrie ein gefährlicher Konkurrent werden.

Man muß abwarten, wie sich die alten Schallplattenproduzenten dazu stellen werden. Jedenfalls ist mit einem scharfen Preiskampf zu rechnen, von dem der Schallplatten-Käufer den Vorteil haben wird.

Juli-Konkursstatistik für Hessen-Nassau.

Noch keine wesentliche Besserung.

Infolge der noch andauernden Wirtschaftskrise war vor auszuweisen, daß die Insolvenzziffer im Juli kaum hinter denen des Vormonats zurückbleiben würden. Das trifft auch für Hessen-Nassau zu, wenngleich der Rückgang von insgesamt 14 Insolvenzen sehr erfreulich ist. Andererseits muß aber berücksichtigt werden, daß im abgelaufenen Monat in 6 Fällen mehr als im Juni das Verfallwegen wegen Mangel an Masse eingeklagt werden mußte. Die Gesamtzahl der Insolvenzen betrug in unserer Provinz 36 gegenüber 50 im Juni und 66 im Mai. In 19 Fällen wurde das Konkursverfahren eröffnet (Juni 26, Mai 33) und in 17 Fällen das Vergleichsverfahren eingeleitet (Juni 24, Mai 17).

Die in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Firmen und Einzelpersonen verteilen sich auf die einzelnen Erwerbsgruppen wie folgt:

	Juli	Juni	Juli	Juni	Juli	Juni
	Kont.	Bergl.	Kont.	Bergl.	Kont.	Bergl.
Landwirtsch. u. verw. Berufe	1	—	—	—	5	—
Gütererzeugung	—	6	7	3	1	5
Gandel aller Art	6	10	11	15	23	13
Handwerk und Gewerbe	5	1	2	5	10	4
Geldinstitute	1	—	—	—	2	1
Rachlässe	3	—	1	1	8	—
Sonstige u. Branche unbekannt	3	—	3	1	5	2
	19	17	26	25	54	25

Der Rückgang der Konkurse ist in der Hauptsache auf die Gruppen „Gütererzeugung“ und „Gandel aller Art“ zurückzuführen. Eine verhältnismäßig hohe Steigerung hat die Gruppe „Handwerk und Gewerbe“ erfahren. Beachtlich ist weiter die Abnahme der Vergleichsverfahren in den Gruppen „Gütererzeugung“, „Gandel aller Art“ und „Handwerk und Gewerbe“.

Ein Kapitalherabsetzungsreford.

Die Absichten der Terra-Film-A.G.

In der letzten Zeit sind bei manchen Unternehmungen Kapitalherabsetzungen notwendig geworden, um aus den dadurch entstehenden buchmäßigen Gewinnen Abbuchungen für entkandene Verluste vornehmen zu können, auch um überhaupt als zu hoch erkannte Kapitalien, den heutigen Wirtschafts- und Rentabilitätsverhältnissen anzupassen. Aus der jetzt veröffentlichten Tagesordnung der am 15. September stattfindenden Generalversammlung der Terra-Film-A.G., Berlin, geht hervor, daß dieses Unternehmen einen Kapitalschnitt beabsichtigt, der einen Reford unter den bis heute erfolgten Kapitalherabsetzungen bedeuten wird. Die Terra-Film-A.G. will nämlich ihr zurzeit drei Millionen RM betragendes Kapital auf 0 RM herabsetzen! Sodann soll eine Wiedererhöhung des Kapitals von 0 RM auf 300 000 RM durch Ausgabe neuer Aktien vorgenommen werden.

Direktor Glässel vom Norddeutschen Lloyd zurückgetreten.

Sein Nachfolger Direktor Anton Brötje.

Direktor Ernst Glässel ist auf seinen Wunsch von seinem Amte als Vorstandsmitglied des Norddeutschen Lloyd entbunden worden. Der bisherige stellvertretende Direktor Anton Brötje ist zum Leiter der Rechtsabteilung ernannt worden.

Der zum stellvertretenden Vorstandsmitglied und Leiter der Rechtsabteilung des Norddeutschen Lloyd ernannte Direktor Brötje ist 1871 in Brake an der Weser geboren. Er trat, nachdem er seine Lehrzeit in einem Brauer Expeditionsgeschäft beendet hatte, 1890 beim Norddeutschen Lloyd ein. 1906 wurde ihm die Leitung des Frachtgeschäfts nach Ostafrika übertragen. 1926 wurde er zum stellvertretenden Direktor ernannt. Direktor Brötje ist durch seine mehr als 40jährige Tätigkeit beim Norddeutschen Lloyd, die ihn häufig auf größere Auslandsreisen führte, insbesondere auch durch seine Mitwirkung an den internationalen Frachtkonferenzen, eine weit über die Grenzen seines eigentlichen Arbeitsgebietes hinaus auch international bekannt gewordene Persönlichkeit, auf deren jahrelanges Urteil in allen einschlägigen Fragen der größte Wert gelegt wird.

* **Bereinigter Fabrikanten A.G. Kassel.** In der am Mittwoch abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde nach ausführlicher Darlegung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft einstimmig beschlossen, die im Besitz der Gesellschaft befindlichen — nom. 500 000 Mark Stammaktien der Rheinischen Fab- und Sperrholzfabrik A.G. in Andernach an ein Konjunktium zum Kurs von etwa 20 Prozent zu veräußern. Außerdem wurde noch mitgeteilt, daß von den Grundstücken der seinerzeit von der Gesellschaft erworbenen Tüfter Fab- und Sperrholzfabrik Horstgall der größte Teil inzwischen veräußert worden ist, ebenso konnten zwei Wohnhäuser der Bereinigten Fabrikanten in Kassel verhältnismäßig günstig verkauft werden.

* **DD-Bank will Dollaranleihe zurückzahlen.** Die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft Berlin, macht jetzt den Inhaber der am 1. Sept. 1932 fälligen Dollarnotes der Deutschen Bank ein Rückzahlungsangebot. Den deutschen Inhabern wird sofortige Bezahlung zu 103 Prozent in freier Reichsmark angeboten. Die außerhalb Deutschlands ansässigen Inhaber sollen Rückzahlung in gesperrter Reichsmark zu pari erhalten; auch hier kann die Zahlung auf Wunsch des Inhabers vor Fälligkeit erfolgen. Denjenigen ausländischen Notes-Inhabern, die von dem Einlösungsangebot keinen Gebrauch machen, wird eine dreijährige Prolongation der Notes angeboten, wobei ihnen ein sofort zahlbarer Bonus von 2 Prozent in Dollar gewährt wird. Die DD-Bank behält sich das Recht vor, den ganzen Restbetrag der Anleihe auch schon vor Ablauf der dreijährigen Verlängerung zu einem Zinstermin zur Rückzahlung zu kündigen.

Schmugglerkrieg auf der Ostsee.

Abenteuer und Erlebnisse unter Menschen, die noch Geld besitzen.

Von W. Link.

2. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Die Idee erschien uns so glänzend, daß wir gleich nach der Beendigung der Konferenz Schritte unternahmen, um möglichst schnell zu praktischen Resultaten zu gelangen.

Und die Folgen? Zwei Monate später liefen meine Schiffe wieder auf der Ostsee, vollgepfropft mit den erlesensten Alkoholika und sonstigen Waren — unter der Flagge von Afghanistan, Persien, Porto-Rico, Liberia und der Tschechoslowakei — alles Länder, die an der Antismuggelkonvention der baltischen Länder nicht beteiligt waren und auch nicht beteiligt werden konnten.

Unsere alten Freunde, die „Grünen“, stürzten mit großem Eifer auf uns zu — und mußten in respektabler Entfernung die Waffen wieder einstecken. Uns schützte unsere neue „Fahne“, eine Idee, die von den „Obriegenteuten“ der „Grünen“ selbst ausgegangen war.

Der „Ausfuch“ ging wieder flott vor sich.

Im Feuergefecht.

Es dunkelte bereits, als wir unsere Untertredung, die für mich außerordentlich interessant war, unterbrechen mußten. A. teilte mir noch mit, daß er noch in derselben Nacht die Fahrt nach Finnland antreten werde. Wenn ich Lust und Interesse hätte, könnte ich mitfahren, um die „Abwicklung“ seiner Geschäfte aus der Nähe zu beobachten.

Da ich sowieso nach dem Osten wollte, kam mir sein Vorschlag eigentlich sehr gelegen. Es wurde verabredet, daß ich gegen 10 Uhr im Hafen unterhalb des königlichen Schlosses mich einfinden sollte.

Zur festgesetzten Zeit war ich an Ort und Stelle. A. war bereits anwesend. Wir schritten zu einem größeren Motorboot, in welchem zwei stämmige Männer saßen. Das waren finnische Seeleute, weiterfest, grimmig, muskulös. Kaum waren wir im Boot, als die Fahrt schon losging. A.'s Leute schienen gut diszipliniert zu sein.

Fast geräuschlos glitt das Boot, das über eine starke Maschine zu verfügen schien, über die Fluten des Mälarsees. Eine Biegung und vor uns öffnete sich der enge Kanal, der sich zwischen den Felsen hindurchwindet und Stockholm mit der Ostsee verbindet. Die steilen Wände dieses Kanals bilden hohe Felsen, an denen kleine Willen hängen, die wie Schwalbennester hingeseht scheinen. Darüber der klare Himmel, der sogar in der Nacht tiefblau ist. Die Nacht ist hell. Die Sonne schaut verstoßen um die Schulter der Erde.

Ich war so tie in meine Betrachtungen versunken, daß ich es garnicht bemerkt hatte, daß der Felsenweg schon längst hinter uns war und wir uns bereits auf offener See befanden. Eine dunkle Linie am Horizont deutete das Land an. Das war aber kein Festland, sondern die Ålänndinseln. Das Boot schien zu fliegen.

Wir rasten bereits zwischen den Inseln dahin. Man mußte hier den Weg genau kennen, um nicht auf Felsen aufzulaufen, denn überall sah man Klippen aus dem Wasser hervortreten. Man konnte sogar beobachten, wie an manchen Stellen die Wellen um die Stelle im Wasser spielten, die nur wenige Zoll aus dem Meer herauschaute. Das sind die gefährlichen Klippen der Ålänndinseln und der Schären, die schon vielen Seeleuten den Tod gebracht haben.

A. war die ganze Zeit der Fahrt wortlos. Auch die Matrosen schwiegen. Eine düstere Stimmung lastete auf allen. Der lebensgefährliche Beruf der Männer schien auf ihre Gemüter einen starken Einfluß auszuüben.

Plötzlich sprang A. auf und zeigte erregt mit der Hand auf eine Stelle am Horizont, wo ein dunkler Punkt sich ruckweise uns näherte. Mein erster Gedanke war, daß dieser Punkt nichts sein könnte als ein Fahrzeug der Zollwache und daß mir jetzt in Finnland große Unannehmlichkeiten bevorstünden. Es war tatsächlich ein Boot, das sich uns mit ungeheurer Schnelligkeit, trotz der Klippen, näherte. Man hörte Rufe, die ich nicht verstand. A. schien sie aber zu verstehen. Er sagte mir in großer Erregung:

„Das sind unsere Leute, die vom Schiff Waren geholt haben. Sie sind von der Zollwache gesehen worden. Der Kreuzer ist hinter uns her!“

„Zwischen diesen Klippen kann uns ein Kreuzer nicht gefährlich werden“, bemerkte ich, „hier können die Leute nach meiner Ansicht uns nur mit gleichen Booten wie diese etwas näher zu Leibe rufen.“

Kaum hatte ich die Worte gesprochen, als ein Geschöß in unserer Nähe kreperte. Es folgten noch zahlreiche — rechts, links, hinten, vorn — aber kein einziges sah! Trotzdem wurde es äußerst ungemütlich. Die Mannschaft zeigte aber keinerlei Nervosität. Offenbar gehörten solche Szenen zu den alltäglichen Erscheinungen.

Plötzlich — ein Krachen, Knirschen — und wir saßen auf einer Klippe. Die durch das Bombardement verursachte Verwirrung hatte die Leute doch davon abgelenkt, genau auf den Fahrweg Obacht zu geben.

Wir saßen auf einer Klippe fest, die kaum zu sehen war. Sie lagte nur einige Zoll aus dem Wasser hervor. Mein erster Gedanke war: Vorbei! Alter Knabe, mach' dein Testament!

Das Boot sank mit phantastischer Geschwindigkeit. Kaum konnten wir uns an der Klippe festklammern, als das Boot unter unseren Füßen buchstäblich in die Tiefe rutschte. Der Felsen hatte keine Kanten, sondern nur kleine Rundungen, deshalb hatten wir keinen eigentlichen Stützpunkt. Das Wasser war kalt wie Stahl.

Meine Zähne klapperten, der ganze Körper zitterte vor schreckender Kälte. In den finnischen Schären wird das Wasser nicht mal im Sommer warm, die ungeheuren Felsenmassen halten es stets eiskalt. Die Kälte drang bis in die Knochen durch. Der Zustand der Hilflosigkeit wurde noch dadurch erhöht, daß die Klippe nur aus einer Spitze bestand, an welcher wir hingen. Das schwarze Wasser rings herum steigerte das Gefühl der Unheimlichkeit. An dieser Stelle ist das Meer mindestens mehrere Kilometer tief, weil fallen die Felsenwände in die Tiefe. Auch hörte das Bombardement nicht auf, sodaß wir uns nicht mal durch Zurufe verständigen konnten. Ein gut gezieltes Geschöß und wir wären gewesen!

Nach großen Anstrengungen gelang es schließlich dem anderen Boot, uns aufzunehmen. Wir mußten buchstäblich ins andere Boot geschleift werden, da unsere Glieder erstarrt waren. Es wurde uns Alkohol eingeflüßt, der Wiederbelebungsprozeß nahm aber ziemlich viel Zeit in Anspruch. Es stellte sich später heraus, daß wir nur etwa 10 Minuten im Wasser gezappelt hatten. Wir schienen die Zeit jedenfalls erheblich länger gewesen zu sein.

„Es ist nicht denkbar, daß wir jetzt an die Küste fahren“, sagte A. „Durch das Bombardement ist die Küstenwache aufmerksam geworden und wir werden unverzüglich angehalten. Wir lassen die Brüder bei dem Glauben, daß sie uns zu Grunde gebohrt haben, und verbringen den Tag irgendwo hier auf der Insel.“

Der Sprung über den „Ragelteppich“.

Die Insel, die uns tagsüber Unterschlupf gewährt sollte, bestand nur aus Stein. Eine Vegetation war nicht zu sehen. Unser Boot hatten wir in einer Felsenvertiefung untergebracht, damit man es nicht zufällig entdecken konnte. Die Insel bot aber nur einen geringen Schutz, da sie klein und ziemlich flach war. Ein kalter Nordwind machte den Aufenthalt in nassen Kleidern auch nicht angenehmer. Die Kleider wurden schließlich doch im Laufe des Tages trocken. Aber letzten Endes empfanden wir das Herannahen der Dämmerung als eine Erlösung aus unserer wenig beneidenswerten Lage.

(Fortsetzung folgt.)

Am 8. August 1932, vorm. 9.30 Uhr wird an der Gerichtsstelle, Zimmer 51, das in Wiesbaden belegene Hausgrundstück, Dorfstraße 33, zwangsweise versteigert.

Eigentümer: 1. Rentner Alfred Hoeppel zu Wiesbaden; 2. Die Ehefrau Diane Marie Josefine Petitsjean, geb. Hoeppel, in Wiesbaden, zu je ½. F625 Wiesbaden, Amtsgericht 6a.

Apothekendienst in Wiesbaden

vom 6. bis 12. August

Sonn- und Feiertagsdienst und gleichzeitig Nacht-dienst von abends 7 Uhr bis morgens 8 Uhr, sowie Mittagsdienst von 1½—2½ Uhr. Der Nachtdienst beginnt Samstags oder am Vortage des gesetzlichen Feiertags. In der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens wird ein gesetzlicher Zuschlag von 1 Mark für jede Inanspruchnahme erhoben.

Blücher-Apothek, Dohbeimer Str. 83. Fernspr. 28204.
Göwen-Apothek, Langgasse 31. Fernspr. 27682.
Theresien-Apothek, Wallstraße 11. Fernspr. 26325.
Viktoria-Apothek, Rheinstr. 45. Fernspr. 27156.

Apothekendienst in W. Biebrich.

Sonntag, den 7. August 1932.

Wagner-Apothek, Mainzer Str. 30. Fernspr. 61420.

Schönaus Weinstube

Schwalbacher Straße 21.

Samstag, den 6. August 1932

Unterhaltungs-Abend

Stimmung! / Verlängerte Polizeistunde. / Humor!

Fröhliche Stimmung

herrscht Samstag und Sonntag wieder in

Neu Wien

unter Mitwirkung des beliebten

Stimmungsmägers Harry Wendtland.

Neuer Besitzer:

K. Enk, Wilhelmstraße 20.

Straußwirtschaft Langwerther Hof

Eltville im Rhg.

Wieder eröffnet

am Mittwoch, den 3. August 1932

in bekannt schönem Park und der

Burg. — Ausschank nur naturreiner

Weine erster Rheingauer Lagen.

Freiherri. Langwerth von Simmern'sches Rentamt, Eltville.

Bekanntmachung.

Nach der Auslosung im Jahre 1931 sind an Anleiheablosungsschuldcheinen der Evangel. Kirchengemeinde in Wiesbaden für das Jahr 1932 132 Stück im Rest verblieben mit folgenden Nummern:

Nummer 95	1 Stück
Nummer 205/08	4 Stück
Nummer 233/04	2 Stück
Nummer 307	1 Stück
Nummer 322/39	18 Stück
Nummer 356/40	45 Stück
Nummer 475/514	40 Stück
Nummer 565/84	20 Stück
Nummer 665	1 Stück

Zusammen 132 Stück

Diese Anleiheablosungsschuldcheine (mit Auslosungsschein) werden am 1. Oktober 1932 nebst den Zinsen von der Kirchentafel Wiesbaden, Luisenstraße 34, eingelöst.

Wiesbaden, 1. August 1932.

Der Vorsitzende des Gesamtkirchenvorstandes:

ges.: Prof. Dr. W. Freytag.

Ausgabestellen des Wiesbadener Tagblatts

Wiesbaden-Biebrich:

Für Adolfshöhe u. Willen-Kolonie:

Wendel, Rasteler Straße 5.

Adolfsstraße:

Nichels, Rheinstraße 8.

Armenruhstraße:

Cimet, Rathausstraße 42.

Burgstraße:

Reidhöfer, Wiesbadener Str. 84.

Feldstraße:

Schwind, Weibergasse 21.

Frankfurter Straße:

Bäckerei Dörm, Frankfurter Str. 9.

Gaugasse:

Schwind, Weibergasse 21.

Heppenheim Straße:

Bäckerei Dörm, Frankfurter Str. 9.

Kaiserstraße:

Moder, Kaiserstraße 26.

Mainzer Straße:

Claudy, Rathenauplatz 1.

Bräuer, Mainzer Straße 11.

Rathausstraße:

Cimer, Rathausstraße 42.

Lenz, Rathausstraße 21.

Bräuer, Rathausstr. Ecke Mainzer

Straße.

Rheinstraße:

Nichels, Rheinstraße 8.

Weibergasse:

Schwind, Weibergasse 21.

Wiesbadener Allee und Willen-

Kolonie:

Wendel, Rasteler Straße 5.

Wiesbadener Straße:

Reidhöfer, Wiesbadener Str. 84.

W.-Chausseehaus:

Werner, Unter den Buchen.

Wiesbaden-Dogheim:

Jakob Kroth, Wilhelmstr. 2.

Philipp Seelbach, Wiesb. Str. 54.

Anton Seelbach, Wiesb. Str. 27.

Richard Klein, Siedlung Tolheim.

Ernst Dehner, Dohbeimer Str. 171.

Karl Sahn, Dogheim, Siedlung.

Klarenbaler Str. 20.

Wiesb.-Schierstein:

Klein, Sabnstraße 1.

Wiesb.-Sonnenberg:

Emil Wevel, Rambacher Straße 1.

Naturwein-Versteigerung

der Ersten Vereinigung

Deftlicher Weingutsbesitzer zu Deftich im Rheingau.

Freitag, 2. September 1932, nachmittags 1.30 Uhr.

kontinieren im Saale des Hotels „Sämann“

ca. 50 Halbstück 1931er Weine

aus besseren und besten Lagen der Gemarkung Dörflich

zur Versteigerung.

Probierstag im Hotel „Sämann“ am Dienstag,

16. August, für die Herren Kommissäre; alle

meiner Probierstag am Dienstag, 23. August, sowie

am Versteigerungstage bis 12 Uhr. F419

Auskunft erteilt Franz Kühn, Dörflich. Tel. 244.

Wer sucht Hypotheken, Geld? der wende sich per-

sonal zwecks kosten-

loser Auskunft an F. H. Thyssen, Frankfurt a. M.,

Bahnhofplatz 2, bei Anfragen Rückporto erbeten.

Vertretung für Wiesbaden zu vergeben.



Köln-Düsseldorfer

Billige Rheinfahrten auch nach dem

9. August

Jeden Wochentag 7.20 Uhr. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 7.20 Uhr.

Fahrtreise für Hin- und Rückfahrt:

Rüdesheim . . . RM. 1.—	Caub RM. 1.90
Bingen RM. 1.—	Oberwesel . . . RM. 2.—
Aßmannshausen RM. 1.20	St. Goar RM. 2.40
Niederheimbach RM. 1.60	Boppard RM. 3.—
Lorch RM. 1.60	Braubach . . . RM. 3.40
Bacharach . . . RM. 1.70	Koblenz RM. 3.90

Kinder halbe Preise. — Rückfahrt nur am

gleichen Tage. Fahrtscheine im Vorverkauf in sämt-

lichen Reisebüros. F455

Salon-Schiff Vater Rhein 450 Pers.

fährt jeden Dienstag, Mittwoch und

Donnerstag nach Koblenz u. zurück.

Fahrtreise für Hin- und Rückfahrt nur Mk. 3.—

Nach Rüdesheim, Bingen, Aßmannshausen

nur Mk. 1.—, St. Goar nur Mk. 2.— für Hin- und

Rückfahrt. Kinder unter 14 Jahren die Hälfte.

Abfahrt 7.10 Uhr am Biebricher Schloß.

Aufenthalt in Koblenz 2½ Stunde. 1935

Karten erhältlich bei Carl Schultze, Langgasse 25,

Ludwig Engel, Wilhelmstr. 52 und auf dem Schiff.